

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu begleichen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentbehrlich.

Berantwortlich für die Redaktion: M. Käyser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Entferne für die viergesparte Postkarte oder deren Raum 60 Pf.
Verlängerungsanzeige und Arbeitsermittlungen 30 Pf.
Verformungsanzeige 15 Pf.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband im Jahre 1909.

Nach einer harten Krise, die zwei Jahre lang schwer auf dem Erwerbsleben gelastet hatte, machten sich im Sommer des Jahres 1908 die ersten Spuren einer beginnenden Besserung bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen im Verband, die im Januar und Februar noch höhere Ziffern aufzuweisen hatte als im Vorjahr (7,07 bzw. 5,87 Proz. der Mitglieder gegen 5,81 bzw. 4,80 Proz. in den gleichen Monaten des Jahres 1908), ging im März auf 4,40 Proz. zurück. Das waren 0,03 Proz. weniger als im März 1908. Man hat dieser leisen Besserung zunächst noch keine besondere Beachtung geschenkt, sie auch wohl nur als vorübergehend betrachtet, aber die Ergebnisse der Arbeitslosenstatistik in den folgenden Monaten zeigten immer deutlicher, daß der Zustand der Krise überschritten war. Die Arbeitslosenziffern wurden von Monat zu Monat günstiger. Wenn auch die verhältnismäßig besten Ziffern des Jahres 1908 noch nicht erreicht sind, so ist doch die Hoffnung begründet, daß wir einer Hochkonjunktur entgegengehen.

Mit der Besserung des Geschäftsganges machte sich auch eine Steigerung der Mitgliederzahl bemerkbar. Seit dem höchsten Stand, den wir Ende des Jahres 1906 mit 151 717 Mitgliedern erreicht hatten, ergeben die folgenden Abrechnungen von Quartal zu Quartal in fast ununterbrochener Folge einen Rückgang. Am Schluss des Jahres 1908 zählte der Verband 144 259 Mitglieder. Die Mitgliederzahl hatte sich also in den zwei Jahren um 7458 vermindert. Dieser Verlust wurde im Jahre 1909 vollständig ausgeglichen. Unser Verband zählte am Schluss des Jahres 1909 151 827 Mitglieder, das ist die höchste Zahl, die er jemals besessen. Schon das erste Quartal des verflossenen Jahres brachte eine Zunahme, die sich unausgesetzt steigerte. Das ist ein Ergebnis, auf das wir mit Befriedigung zurückblicken können. Es ist aber gleichzeitig eine Mahnung zu fleißiger Agitationsarbeit. Jedes einzelne Mitglied ist daran interessiert, daß wir unausgesetzt vorwärts schreiten.

Weniger befriedigend als der Mitgliederstand haben sich die Kassenverhältnisse der Organisation entwickelt. Hat das Jahr 1908 der Verbandsklasse nur eine Mehreinnahme von 97 250 Mr. gebracht, so ging der Reinüberschuss der Einnahmen gegenüber den Ausgaben im Jahre 1909 auf 80 598 Mr. zurück. Um diesen Betrag hat sich der Bestand der Hauptkasse erhöht, der am Jahresende 1977 235 Mr. betrug. Weit stärker als der Bestand der Hauptkasse war die Zunahme der Lokalkassen bestanden. Hier trat eine Steigerung um 286 708 Mr. ein, und die Lokalkassen verfügten am Jahresende über einen Bestand von 1 452 754 Mr. Das ist fast soviel als das Vermögen der Hauptkasse. Das Gesamtvermögen des Verbandes, also die Bestände der Hauptkasse, der Bau- und der Lokalkassen zusammen, betrug 3 434 813 Mr. Das ist an sich ein recht schöner Betrag, aber er wäre doch sehr bald aufgezehrt gewesen, wenn es bei der verflossenen Tarifbewegung zu einem ernstlichen Konflikt gekommen wäre.

Entsprechend der Besserung des Geschäftsganges ist die für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, in geringerem Maße auch die für Krankenunterstützung verausgabte Summe zurückgegangen. Dagegen hat die verhältnismäßig recht bescheidene Summe von 273 428 Mr., die im Jahre 1908 für Streikunterstützung ausgegeben wurde, im Jahre 1909 eine Steigerung um 110 Proz. erfahren. Die Besserung des Geschäftsganges wirkte belebend auf die Aktionsfreudigkeit der Kollegen, und obwohl das Jahr 1909 in bezug auf die Lohnkämpfe noch als ein ziemlich ruhiges bezeichnet werden kann, hat es doch 574 150 Mr. zur Unterstützung der Streikenden erfordernt.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß in dem Maße, als sich der Geschäftsgang hebt, auch die Inanspruchnahme der Verbandsklasse zur Unterstützung von Lohnkämpfen eine Steigerung erfährt. Richtet man das Ergebnis der Jahresabrechnung des Verbandes und den beschiedenen Reinüberschuß in Betracht, dann drängt sich jedem denkenden Kollegen die Erkenntnis auf, daß die Erhebung des Extrabeitrages und die nunmehr beschlossene Beitrags erhöhung eine zwangsläufige Notwendigkeit war. Es läßt sich jetzt schon übersehen, daß die Inanspruchnahme der Verbandsklasse für Lohnkämpfe im Jahre 1910 die des verflossenen Jahres weit übersteigen

wird. Wäre nicht rechtzeitig für eine Stärkung der Verbandsklasse gesorgt worden, dann hätte das Jahr 1910 zweifellos ein erhebliches Defizit gebracht. Hoffentlich reichen die zur Sanierung der Kassenverhältnisse getroffenen Maßnahmen aus, uns eine Defizitwirtschaft zu ersparen.

Noch auf ein anderes Moment muß angesichts des Jahresabschlusses hingewiesen werden, nämlich auf das starke Wachstzen der Lokalfonds. Es ist gewiß berechtigt, daß sich die Zahlstellen durch Erhebung von Lokalteiträgen einen Fonds anssammeln, aus welchem sie im Bedarfsfalle Buschlässe zu den Verbandsunterstützungen leisten. Besonders in Streikzeiten werden solche Buschlässe als äußerst zweckmäßig empfunden. Über das starke Wachstum der Lokalfonds in Verbindung mit der geringen Steigerung, welche der Bestand der Verbandsklasse erfahren hat, zwingt doch zum Nachdenken darüber, ob die gegenwärtige Verteilung des Beitrages auf Haupt- und Lokalfasse richtig ist. Ein starker Lokalfonds setzt die Zahlstellen in die Lage, gegebenenfalls auch gegen den Willen des Verbandsvorstandes eine Aktion zu unternehmen. Das mag ja für die Lokalverwaltung und die Kollegen an dem betreffenden Ort recht angenehm sein. Ob es aber im Interesse des Gesamtverbandes liegt, ist eine andere Frage. Eine straffe Disziplin in der Organisation ist die Voraussetzung für den Erfolg, und es wird ernstlich zu erwägen sein, ob, so paradox das auch klingen mag, in dem übermäßigen Wachstzen der Lokalfonds nicht eine Gefahr für die Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Organisation liegt.

Die Besserung des Geschäftsganges im Jahre 1909 äußerte sich, wie bereits erwähnt, in einer bedeutenden Steigerung der Streikosten. Aber auch die Lohnkämpfe selbst weisen einen wesentlich anderen Charakter auf als die des Vorjahrs. Während in dem Krisenjahr 1908 die Zahl der Angriffsstreiks auf 55 heruntergegangen war, neben welchen jedoch 158 Abwehrstreiks und 52 Aussperrungen zu führen waren, brachte das Jahr 1909 eine Steigerung der Zahl der Angriffsstreiks auf 112, während zugleich die Zahl der Abwehrstreiks auf 128 und die der Aussperrungen auf 44 zurückging. An diesen insgesamt 284 Streiks und Aussperrungen waren 18 221 Kollegen beteiligt. Außerdem wurden noch 259 Lohnbewegungen ohne Streik durchgeführt, an welchen 18 876 Kollegen beteiligt waren.

Bei den Lohnbewegungen ohne Streik handelte es sich in 50 Fällen in 56 Betrieben mit 2721 Beschäftigten um die Lohnkampf von Verschlechterungen, die in den meisten Fällen erfolgreich war; nur in zwei Fällen trat für zusammen 40 Kollegen eine Lohnkürzung von durchschnittlich 81 Pf. pro Woche ein. Dagegen wurde wiederholt statt der angesetzten Verschlechterungen durch die gepflogenen Verhandlungen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht. Bei den 209 Angriffsbewegungen ohne Streik waren 1001 Betriebe mit 18 468 Arbeitern beteiligt. Als Erfolg dieser Bewegungen ist zu registrieren eine Verkürzung von durchschnittlich 2,1 Stunden pro Woche für 8699 Personen und für 12 968 Personen eine Lohnhöhung um durchschnittlich 1,47 Mr. pro Woche.

Die 112 Angriffsstreiks erstreckten sich auf 1088 Betriebe mit 7205 Arbeitern. In einem Teil der Betriebe wurden die Forderungen ohne Arbeitseinstellung bewilligt, in anderen wurde schon vorher zu den geforderten Bedingungen gearbeitet, die Arbeit wurde daher nur in 889 Betrieben mit 6908 Arbeitern eingestellt. Verhältnismäßig groß war die Zahl der stehengebliebenen Streikbrecher, die 533 betrug. Am Jahresende waren sechs Streiks mit 592 Beteiligten noch nicht beendet. Von den übrigen waren 69 = 60 Proz. mit 4145 Beteiligten = 80 Proz. erfolgreich, 20 Streiks = 19 Proz. mit 616 Personen = 12 Proz. waren teilweise erfolgreich, und 22 Streiks = 21 Proz. mit 888 Personen = 8 Proz. waren erfolglos. Das hauptsächlichste Ergebnis der Angriffsstreiks war, einschließlich der vorher erfolgten Bewilligungen für 4624 Personen, eine Verkürzung von durchschnittlich 1,8 Stunden pro Woche und für 6167 Personen eine Lohnhöhung um durchschnittlich 1,66 Mr. pro Woche.

Die 128 Abwehrstreiks erstreckten sich auf 160 Betriebe mit 8292 Arbeitern, von welchen 211 als Arbeitswillige stehen blieben. Von den 121 Abwehrstreiks, die am Jahresende beendet waren, waren 69 = 57 Proz. mit 1791 Personen = 60 Proz. erfolgreich. 15 Streiks = 12 Proz. mit 614 Personen = 21 Proz. waren teilweise

erfolgreich, und 87 = 81 Proz. mit 559 Personen = 19 Prozent waren erfolglos. Durch die erfolgreichen Streiks wurde u. a. abgewehrt für 1863 Kollegen eine Verkürzung des Wochenverdienstes um durchschnittlich 2,80 Mr., für 81 Kollegen eine Verlängerung der Arbeitszeit um 4 Stunden; in 10 von insgesamt 18 Fällen wurde die Maßregelung von Kollegen rückgängig gemacht u. a. m. Stattd der angesetzten Verschlechterung wurde in zwei Fällen für 202 Personen eine Verkürzung von durchschnittlich 2 Stunden und in fünf Fällen für 91 Personen eine Lohnhöhung um durchschnittlich 80 Pf. ergiebt. Nicht abgewehrt konnte werden in zwei Fällen eine Verlängerung der Arbeitszeit für 84 Personen um 4½ Stunden pro Woche und in 20 Fällen für 887 Personen eine Lohnreduktion um 8,08 Mr. pro Woche.

Von den 44 Aussperrungen wurden 9886 Arbeiter in 782 Betrieben betroffen. Vier Aussperrungen mit 414 Beteiligten waren am Jahresende noch nicht beendet. Bei den Aussperrungen, deren Zeitpunkt von den Unternehmern bestimmt wird, ist die Position der Arbeiter im allgemeinen wenig günstig. Es kann daher nicht wundernehmen, daß die meisten Aussperrungen mit einem Mißerfolg für die Arbeiter enden. Hat sich auch das Verhältnis gegenüber dem Vorjahr erheblich verbessert, so endeten doch 19 Aussperrungen = 47,6 Proz. mit 6084 Beteiligten = 67 Proz. mit einer Niederlage der Arbeiter. Sechs Aussperrungen = 15 Proz. mit 887 Beteiligten = 9 Proz. waren teilweise erfolgreich, und 15 = 87,5 Proz. mit 2180 Beteiligten = 24 Proz. brachten einen vollen Erfolg. Beeinflusst wird das Ergebnis der Aussperrungen durch die hier mitgezählten 18 Maiaussperrungen mit 8089 Beteiligten, die fast ausnahmslos zu den ergebnislosen Kämpfen zählen, da in der Regel bei diesen Aussperrungen Forderungen nicht erhoben werden. Die als erfolgreich registrierten Aussperrungen brachten für 2888 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 1,8 Stunden und für 8051 Kollegen eine Lohnhöhung um 1,48 Mr. pro Woche.

Faßt man das Ergebnis der Lohnkämpfe zusammen, dann ergibt sich, daß für 14 308 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 1,8 Stunden und für 17 244 Kollegen eine Lohnhöhung von durchschnittlich 1,52 Mr. pro Woche ergiebt wurde. Dies ist in Unbetracht der Verhältnisse, insbesondere im Hinblick auf die noch keineswegs glänzende Geschäftslage ein recht annehmbarer Erfolg. Dieser Erfolg ist um so höher zu veranschlagen, als die zunehmende Ausbreitung unseres Verbandes dafür bürgt, daß das, was wir in den Kämpfen errungen haben, uns auch dauernd erhalten bleibt und zum Ausgangspunkt für weitere Verbesserungen wird.

Bis zu einem gewissen Grade bieten auch die Tarifverträge eine Sicherheit für die Durchführung der vereinbarten Arbeitsbedingungen. Die Tarifverträge haben auch im verflossenen Jahre eine weitere Fortbildung erfahren. In 182 Fällen wurde das Ergebnis der Lohnbewegung in Tarifverträgen festgelegt, die für 14 800 Kollegen gelten. Insgesamt bestanden am Jahresende 498 Verträge, die sich auf 11 251 Betriebe mit 92 260 Kollegen erstrecken.

Überblickt man die Tätigkeit, die der Deutsche Holzarbeiterverband auf den verschiedensten Gebieten im Jahre 1909 entfaltet hat, dann muß auch der Gegner gestehen, daß er ein kraftvolles Organ zur Wahrung der Interessen der Berufsgenossen ist. Die unmittelbar durch die Lohnbewegung erzielten Erfolge sind die Kosten, die einschließlich der Ausgaben, welche die Lokalkassen zu tragen hatten, 840 625 Mr. betrugen, wohl wert. Über auch abgesehen hiervon, erreichen die Summen, welche der Verband zur Unterstützung seiner Mitglieder aufgebracht hat, eine imposante Höhe. Aus Verbandsmitteln, also aus der Hauptkasse und den Lokalkassen zusammen, wurde aufgewendet:

Für Reiseunterstützung	148 627 Mr.
Arbeitslosenunterstützung	1 124 494
Krankenunterstützung	778 256
Gemahnenunterstützung	59 696
Sterbegeld	51 072
Umzugshilfe	40 198
Rechtschutz	14 496
Notfallunterstützung	80 581

Das sind, wenn man die oben erwähnten 840 625 Mr. Streikosten hinzuzählt, 3 132 930 Mr., die den Mitgliedern des Verbandes direkt an Unterstützungen wieder zufließen. Diese Zahlen beweisen besser als viele Worte, welchen Nutzen der Deutsche Holzarbeiterverband seinen Mitgliedern bringt. Die

Leistungsfähigkeit unseres Verbandes ist aber noch sehr steigerungsfähig; sie entfaltet sich zu um so höherer Würde, je stärker die Organisation ist, je zahlreicher ihr die Mitglieder austreten. Wir befinden uns gegenwärtig in einer Zeit des Aufschwunges; die Geschäftslage hebt sich, und im laufenden Jahre ist die Mitgliederzahl des Verbandes wiederum um mehrere Tausend gestiegen. Aber dieser Fortschritt, so erfreulich er an sich ist, darf uns nicht genügen. Die Zahl der außerhalb der Organisation stehenden Kollegen ist noch viel zu groß. Jedes Mitglied muss unangesehnt für die Ausbreitung des Verbandes wirken. Je stärker unser Verband, desto größer seine Erfolge, und desto höher steigt die Lebenschaft der Holzarbeiter.

Gewerkschaftliches und genossenschaftliches Zusammenarbeiten.

I.

—r. In den Tagen vom 18. bis zum 15. Juni d. J. wird der diesjährige Konsumgenossenschaftstag in München abgehalten werden. Er wird einige Fragen in den Bereich seiner Gröterungen ziehen, die die Arbeit der Gewerkschaften eng berühren: Heimarbeit und Hausindustrie, Erzeugnisse der Strafanstaltarbeit, Anerkennung der Gewerkschaftsarife, die industriellen Arbeitsgenossenschaften und die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder. Offenbar bieten diese Themen für jeden Gewerkschafter ein großes Interesse, weshalb es sich wohl verlohnen dürfte, den Absichten der leitenden Genossenschaftskreise näherzutreten. Diese Arbeit wird uns dadurch erleichtert, daß der Centralverband deutscher Konsumvereine in seinem Jahresbericht für 1909 alle die erwähnten Fragen eingehend behandelt hat.

Offenbar haben die drei Zweige der modernen Arbeiterbewegung, die gewerkschaftliche, genossenschaftliche und politische, dasselbe Ziel im Auge, nämlich die Erhebung der Unterschichten des Volkes auf eine höhere Stufe materieller und geistiger Entwicklung. Deshalb haben sie manches gemeinsame in ihrem Vorgehen. Andererseits sind ihre Wege und ihre Methoden ganz verschieden und es wäre ohne Zweifel falsch, wollte man die drei Erscheinungsformen des Entwickelungsgedankens mit einander vergleichen. In dieser Beziehung finden wir in dem erwähnten Jahresberichte Ausführungen, die den Kern der Sache treffen und die wir deshalb unseren Freunden nicht vornehmen wollen:

Die Aufgabe der Genossenschaften als solche ist es nicht, die Klinke der Gesetzgebung in die Hand zu nehmen, sondern das ist die Aufgabe der politischen Parteien. Gewisse Leute, denen es ein Greuel ist, daß der Centralverband deutscher Konsumvereine sich auf seine reichen genossenschaftlichen Aufgaben beschränkt und nicht zu bewegen ist, sich in das Fahrwasser politischer Parteien oder einer bestimmten politischen Partei ziehen zu lassen, werden vermutlich auch hier wieder uns den Vorwurf machen, daß wir „Nur-Genossen“ seien. Als Nur-Genossen pflegen sie jeden zu bezeichnen, der in genossenschaftlichen Dingen anderer Meinung ist als wie sie selbst. Soll das Wort Nur-Genossen einen Sinn haben, so muß man darunter entweder solche Personen verstehen, die des frommen Glaubens leben, daß allein mit Hilfe der Genossenschaftsbewegung alle Uebel aus der Welt beseitigt werden könnten, oder die glauben, daß der Kreis menschlicher Tätigkeit und Interesses erschöpft sei, wenn die Konsumanten ihren Bedarf an Heringen und Schmierseifen in der Verkaufsstelle eines Konsumvereins decken.

Es ist eben das Unglück, daß diejenigen schriftstellerisch tätigen Personen, die überufen die Konsumgenossenschaftsbewegung mit ihren guten Lehren zu folgen, selbst nicht klar zu unterscheiden vermögen. Sie sehen nicht ein, daß die Genossenschaftsbewegung am stärksten, größten und der Allgemeinheit den meisten Nutzen bringend ist, wenn sie sich auf ihre ureigensten Aufgaben beschränkt, und daß es eine außerordentliche Kräfteversplitterung und die Quelle endloser Differenzen wäre, wollte die Genossenschaftsbewegung in ihrem heiligen Eifer um das Wohl des Volkes auch dahin streben, die Klinke der Gesetzgebung in die Hand zu nehmen und die Funktionen einer politischen Partei zu übernehmen. Hier gilt der Grundatz: „Jedem das Seine.“ Jede Organisation hat diejenigen Aufgaben zu lösen, die ihr bestellt sind und nicht allen anderen Organisationen ins Handwerk zu pflanzen. In der Beschriftung zeigt sich der Meister.“

Damit ist natürlich keineswegs gesagt, daß ein Mitglied dieser neutralen Genossenschaften keine politische oder sonstige Überzeugung haben und daß er sie nicht propagieren dürfe;

Zudem wir aber die Genossenschaft als solche von allen ausschalten, was nicht ihres Amtes ist, was nicht der Wahrnehmung ihrer unmittelbaren und direkten genossenschaftlichen Interessen dient, stellen wir uns durchaus nicht auf den Standpunkt, daß solches auch für die Genossen schaft als Individuen gelten soll. Wir wünschen, daß die Genossen schaft als Individuen gelten soll. Wir wünschen, daß die Genossen schaft als Individuen Vollmenschen sind, und wenn sie es sind, so werden sie außer der Genossenschaftsbewegung noch viele andere Interessen haben und in der Wahrnehmung ihrer Interessen zu wirken suchen.“

Von diesem Gesichtspunkte aus wird die Frage der Heimarbeit und Hausindustrie behandelt. Zunächst wird

mit Recht darauf hingewiesen, daß der Staat die Pflicht habe, mit Hilfe der Gesetzgebung die offenbar vorhandenen Missstände zu beseitigen. Aber auch außerhalb dieses Rahmens lassen sich Maßnahmen treffen, die den Opfern dieser Elterbeule am sozialen Körper Linderung ihrer Schmerzen verschaffen können. Es kommt in erster Linie die gewerkschaftliche Organisation in Frage, die eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch für die Heimarbeiter erstrebt und hier und da bereits durchgesetzt hat. Erst in zweiter Linie kann die Genossenschaftsbewegung eingreifen. Hier sind die zur Verschönerung stehenden Mittel zahlreich und mannigfaltig; die Heimarbeiter können zur Selbsthilfe greifen und sich zu Arbeitsgenossenschaften zusammenschließen, sie können Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften gründen und Zentralversttten einrichten. Diese Mittel sind aber sehr schwer anwendbar und bergen manche Gefahren in sich, weil naturgemäß eine wirtschaftlich und sozial so niedrigstehende Bevölkerungsschicht wie die Heimarbeiter für eine wirkungsvolle Selbsthilfe nicht reif sind. Dagegen sind die großen Konsumtorenorganisationen sehr wohl in der Lage, regulierend und lindern eingreifen, indem sie immer mehr zur Eigenproduktion übergehen oder als Käufer der betreffenden Erzeugnisse ihrer sozialen Pflicht Genüge leisten.

Der Centralverband deutscher Konsumvereine will einen Versuch machen, in dieser Richtung zu wirken und hat deshalb in Gemeinschaft mit der Generalkommission der Gewerkschaften eine Resolution ausgearbeitet, die dem Gewerkschaftstag vorgelegt wird: „Hausindustrie und Heimarbeit erweisen sich sowohl in ihrer alten wie in ihrer neuen Form als eine überaus rückständige Betriebsweise. Ihre Kennzeichen sind: lange Arbeitsdauer, niedrige Löhne, Ausbeutung der Kinder und ungesunde Arbeits- und Wohnräume, wodurch die Arbeiterklasse wirtschaftlich und gesundheitlich schwer geschädigt wird. Die ungeeigneten Arbeitsstätten und der schlechte Gesundheitszustand der Heimarbeiter machen die Heimarbeit zu einem furchtbaren Herd aller Infektionskrankheiten, wodurch eine hohe Gefahr für alle Konsumanten von Heimarbeitsprodukten sowie für die gesamte Bevölkerung entsteht. Inmitten Interesse aller Beteiligten erscheint es daher geboten, der Heimarbeit möglichst den Boden zu entziehen und ihren Übergang zur geregelten Betriebsarbeit in gesunden Arbeitsstätten zu fördern. Soweit der genossenschaftliche Zusammenschluß der Heimarbeiter und Hausindustriellen diesen Erfolg verspricht, ist er zu unterstützen. Soweit die Herstellung der Nahrung- und Genussmittel durch die Hausindustrie in Frage kommt, sind generell die hausindustriellen Produkte von der Bedarfsbefriedigung der organisierten Konsumanten ausgeschlossen. Im übrigen ist über geeignete Maßnahmen zur Abhilfe von Missständen und zur Reform der Heimarbeit von Fall zu Fall zu beschließen. Neben Einleitung geeigneter Maßnahmen hat das Sekretariat des Centralverbandes deutscher Konsumvereine und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu beraten. Es soll durch diese beiden Körperschaften für ständige Aufklärung in Arbeiter- und Genossenschaftskreisen über die Schäden der Heimarbeit gesorgt, es sollen die Verwaltungen der Konsumvereine vor nachteiligen Bezugsquellen gewarnt und in der Erfüllung geeigneter Bezugsquellen unterstützt werden.“

Es ist nun ein erster, lastender Versuch, mit Hilfe der Konsumtorenorganisation die Heimarbeit, diese Quelle der Volksverwüstung, umzumodeln und ihres unheilsollen Charakters zu entledigen. Es ist ein ungemein schwieriges, aber dankbares Feld sozialer Tätigkeit, auf das sich die Genossenschaften damit begeben, sie werden erst noch viele Erfahrungen sammeln müssen, ehe sie ihr Ziel erreichen. Aber das Zusammenwirken von Genossenschaften und Gewerkschaften läßt das beste hoffen.

Ähnlich liegt die Sache auch mit der Frage, wie sich die Genossenschaften als Käufer den Erzeugnissen der Strafanstaltarbeit gegenüber verhalten sollen. Durch eine Umfrage ist festgestellt worden, daß nur sehr wenige Genossenschaften derartige Erzeugnisse beziehen. Dem Konsumgenossenschaftstag wird folgende Resolution zur Annahme unterbreitet werden:

„1. Es kann nicht bestritten werden, daß die Strafanstaltarbeit in ihrer heutigen Organisation, anstatt die Strafgefangenen in Lehrversttten mit moderner Technik und fortgeschrittenen Arbeitsmethoden zu beschäftigen, fast nur auf die körperliche und geistige Ausnutzung der Arbeitskräfte bedacht ist. Die Arbeitskraft der Gefangenen wird meistens zu einem niedrigen Preise an Privatunternehmer verkauft, welche mit Hilfe dieser billigen Arbeitskraft minderwertige und billige Produkte herstellen, durch deren Vertrieb die reellen Warenverteilung, die Konsumanten und die freien Arbeiter gleichermaßen geschädigt werden. Daher erscheint die Ausschaltung solcher Strafanstaltserzeugnisse vom freien Wettbewerbe und der Übergang der Produktion in Strafanstalten zur Herstellung des Bedarfs öffentlicher Anstalten und kommunaler oder staatlicher Verwaltungen in eigener Regie sowohl im Interesse der freien Arbeiter als auch des organisierten Konsums dringend geboten. Es wird deshalb den Gewerkschaften und Konsumvereinen dringend empfohlen, nach besten Kräften gemeinsam auf den Zuschluss von Strafanstaltserzeugnissen hinzuwirken.“

2. Die Vorstände der Konsumvereine werden erucht, bei ihren Wareneinkäufen und Bestellungen keine Artikel zu kaufen, die ganz oder teilweise in Strafanstalten ange-

fertigt sind, und Firmen, die in solchen Anstalten herstellen lassen oder Strafanstaltserzeugnisse in Vertrieb bringen, bei Einkäufen oder Bestellungen nicht mehr zu berücksichtigen. Die Gewerkschaften verpflichten sich, die Konsumvereine in diesem Bestreben durch Nachmachung solcher Firmen zu unterstützen.

3. Von der Gewerkschafts- und Genossenschaftspresse wird erwartet, daß sie die Mitgliederkreise und das Publikum über die Schäden des freien Wettbewerbes der Strafanstaltarbeit aufklärt. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und die Mitglieder der Konsumvereine werden in ihrem eigenen Interesse dringend erucht, bei allen Einkäufen, wo es auch sei, Strafanstaltserzeugnisse stets zurückzuweisen.“

Wistlang ist es nicht gelungen, den Staat zu zwingen, die Arbeit der Strafgefangenen nach sozialen Gesichtspunkten zu regeln; die maßgebenden Behörden tunseln, allen Beschwerden zum Trotz, in dem alten Schleuder weiter und so wird die Gefangenearbeit, die ja an und für sich eine Notwendigkeit ist, auch wohl fernherin ihre schädigende Wirkung auf die freien Arbeiter ausüben, wenn es nicht die Konsumtorenorganisationen fertig bringen, auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen. Ob dies in wesentlichem Maße möglich sein wird, kann die Zukunft lehren, der Versuch der Konsumgenossenschaften, in dieser Beziehung tatkräftig Hand anzulegen, verdient alle Anerkennung.

Fromme Jugendfreunde.

n. Auf einem rheinischen Zentrumskapiteltag hat einmal ein Geistlicher und ultramontaner Abgeordneter begütiglich der Volksschule gesagt, es genüge nicht, daß dort wöchentlich in einer bestimmten Anzahl von Stunden Religionsunterricht erlebt werde, es müsse vielmehr der gesamte Unterricht von christlichem Geiste durchdrungen sein. Was er damit sagen wollte, gab er in folgendem Beispiel auf: Wenn der Herr Pfarrer die Kinder in der Religion unterrichtet hat, dann kommt nach ihm ein freigeistiger Lehrer, der den Kindern erzählt, die Welt und was darinnen ist sei nicht das Werk eines allmächtigen Schöpfers, sondern alles sei aus sich selber heraus auf dem Wege der Entwicklung entstanden. Oder ein anderer Lehrer erzählt den Kindern in der Geschichtskunde, die biblischen Heileserien seien vielleicht nur Erzählungen und Dichtungen, wie die religiösen Heileserien anderer Völker auch. „Sind Sie“, rief dann der Herr Pfarrer und Abgeordnete aus, „der Meinung, daß dann die Kinder, die so etwas hören, noch an das glauben, was ihnen ihr Pfarrer im Religionsunterricht sagt?“ Und deshalb forderte der Medier, daß der gesamte Unterricht in der Volksschule von christlichem Geiste durchdrungen sei, mit anderen Worten: daß alles, ferngallen werde aus den Köpfen der Lehrer wie der Schüler, was irgendwie, mag es auch schamlos von der Wissenschaft erhärtet sein, den kirchlichen Lehren widerspricht. Erst dann kann der Herr Pfarrer als Religionslehrer hoffen, daß die Schulkinder ihm noch glauben. Nie ist der „christliche Weltanschauung“ ein schlimmeres Armutssymbol ausgestellt worden, als hier durch einen Zentrumsaabgeordneten, der zugleich das geistliche Gewand trägt, geschehen ist. Gesteh er doch zu, daß sogar die Kinder, wenn sie zwischen Wissenschaft und Dogma zu entscheiden haben, das Dogma fahren lassen.

Die innere Halslosigkeit dessen, was im ultramontanen Lager „christliche Weltanschauung“ genannt wird, ist damit erwiesen, und das Bewußtsein von der Schwäche ihrer Stellung ist es, was den Liberalismus veranlaßt durch äußere Machtmittel ein innerlich brüchiges System zu stützen, indem er vor allen Dingen die Jugend in seinen Bann zieht. Zunächst durch die Volksschule, von der man alles fernhält, was zur Bildung einer freien, selbständigen Weltanschauung geeignet sein könnte; dann durch die mannigfaltigen Organisationen weltlicher und kirchlicher Art, die alle den einen Zweck haben, das heranwachsende Geschlecht von der Verführung mit Andersdenkenden abzuschließen und sie vollständig der klerikalen Gedankenwelt unterzuordnen. Natürlich wird hier die Arbeit um so schwarter, je fortgeschritten der Alter und je mehr die Jugend der „Verführung“ durch Andersdenkende ausgesetzt ist. Deshalb sehen wir die frommen Jugendfreunde mit Eifer den Bestrebungen folgen, die die Sozialdemokratie zur Gewinnung und Erziehung der Jugend macht.

Gewiß, durch die Herrschaft über die Schule, die sie in ihrem Sinne zu leiten wissen, sind die Ultramontanen uns zunächst voraus; aber die Arbeiterkinder haben Eltern und diese sind vielfach Sozialdemokraten und suchen als solche ihre Kinder im Geiste einer freieren Lebensausfüllung und zur Erfüllung ihrer späteren Aufgabe als Mitstreiter im proletarischen Befreiungskampfe zu ergießen. Und hier steht dann von neuem die Arbeit der frommen Seelenreiter ein, indem sie die Erziehungsarbeit sozialistischer Eltern an ihren Kindern als verderblich, als sittlich gefährlich hinstellen. „Die Sozialdemokratie“ heißt es in einem Artikel der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ (M. Gladbach) — „sucht auf die Kinder einzutreten, indem man sie in öffentliche Lokale sammelt und durch Ansprachen, Gesang und Spiel, dрамatische Veranstaltungen und Theateraufführungen in die unerfahrenen Herzen den Geist des Mäztrauens gegen die Mitmenschen zu pflanzen sucht. Alle Kinder, denen schon die Jugend vergiftet wird, die statt unbedünert um die kommende schwere Zeit des Lebens selbst in ärmlichen Verhältnissen mit der goldenen Sorg- und Unspruchslosigkeit des ersten Lebensalters dahinzuleben, ersüßt werden von Parteihader

Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Spaltung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Bahnhofsstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:
 Eltern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Angermünde (Pfeiffer), Auerbach i. Ostfriesl., Werneburg (Krebs u. Nädler), Vielesfeld (Nähmaschinen- und Automobilfabriken), Witten, Werdenberg, Wermelskirchen, Cottbus (Schliedt), Großensee a. d. Elster, Bippoldiswalde (Weber), Dresden (Eschbach), Güttersbach, Freiberg i. S. (Kraisch u. Wohlmann), Friedenau b. Berlin (Herzog), Nord i. Westerwald, Kreifeld (Strouton), Mellenbach i. Th., Mittweida (Innungsmäster), Mölln i. L. (Voss, Dünkel, Meddöhl, Preuß), Norden i. Ostfriesl., Schneidemühl (Kuh), Gorau (F. Möbius, Baugeschäft), Speyer, Leutenberg i. Oberbayern, Treiberg i. Schwarzwald (Uhrgehäusefacherei Hermann u. Sohn), Petersen, Bildhausen i. Oldenburg, Wolgast (Junk), Bussenhausen, Horgen-Glarus in der Schweiz, Parkeitern nach Dortmund, Düsseldorf, Köln, Sorburghen nach Möhschenbroda, Schleita u. S. (Ottono-Miedel), Dresdner nach Angermünde (Pfeiffer), Frankfurt a. O. (Krothe u. Co.), Mühlheim a. Main (Zellulosefabrik Müller u. Schneider), Schönlanke, Kleinermachers nach Bitterfeld (Mohrdorf u. Co.), Stellmachern und Wagenbauern nach Vielesfeld und Bremen, Wüstenmachers nach Augsburg.

und Meid, der selbst die widerstandsfähige Natur des Erwachsenen untergräßt." Elende Geischler möchte man hier ausufen. Denn man kennt die Früchte der "christlichen" Erziehung, man weiß, wie es bestellt ist mit der geistigen und sittlichen Haltung der Bevölkerung in den stadtstaatlichen Gegenden; man weiß, daß von diesen Gegenden mit Recht das Wort gilt: Je trümmer, je dümmmer und desto schlimmer!

Dieselben frommen Leute, die als das heiligste Gut das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder preisen, sie suchen dieses Recht den Eltern streitig zu machen, die anderer Ansicht als der katholisch und staatlich abgesetzten sind. Und dieselben frommen Leute, die die gesamte katholische Welt mobil machen möchten, wenn einem der ihrigen auf den Fuß getreten wird, sie heißen es gut, wenn Sozialdemokraten minderen Rechtes gemacht werden, wie das z. B. in der Jugenderziehung geschah. In demselben Artikel, dem der oben angeführte Satz entnommen ist, schildert die "Westdeutsche Arbeiter-Zeitung" die Bewegungen und Erfolge der sozialistischen Jugendbewegung. Dann heißt es: "Wenn die sozialdemokratische Jugendorganisation trotz aller Anstrengungen noch nicht solche Fortschritte gemacht hat, wie man erwarten sollte, so liegt das daran, daß die Regierung das Wirken dadurch illusorisch zu machen sucht, daß sie die Wahlen von Sozialdemokraten in Schuldeputationen und Schulsmissionen nicht genehmigt, den sozialistischen Jugendunterricht verbietet, die Jugendvereine auflöst und den Kindern die Teilnahme am Unterricht untersagt. Da die Arbeitertumvereine weiter nichts sind wie sozialdemokratische Gründungen, so verweigert die Regierung die Gründung von Jugendabteilungen und verlangt zur Erteilung von Turnunterricht den Nachweis der Qualifikation und sittlichen Tüchtigkeit. Sosfern dieser nicht erbracht werden kann, wird der Erlaubnischein auf Grund der Kabinettsorder vom 10. Juni 1884 versagt."

Kein Wort der Verurteilung über diese Vergevalligung des Rechtes gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung, kein Zeichen der Entrüstung über die Gewaltshaber, die hier an einem Teil der Staatsbürgert widerrechtlich feiern. Im Gegenteil, die gesalbten Menschenfreunde in W. Gladbach heißen das noch gut, indem der Artikel der "Westdeutschen Arbeiter-Zeitung" auf obige Ausführungen den Satz folgen läßt: "Diese mehr negativen Abwehrmaßregeln muß die Schule positiv unterstützen. Es muß ihre Aufgabe sein, das Fundament zu legen, auf welchem der heranwachsende junge Mann das Gebäude seiner christlichen Welt- und Lebensanschauung aufzubauen kann. Das Kind muß auch in der Schule schon über die Grundlagen jeglicher Gesellschaftsordnung etwas hören und über die besonderen Kräfte, die jeder Stand in ihrem Rahmen auswirken kann. Wenn Arbeitersöhne in der Schule schon die Eigenkräfte lernen lernen, Kraft deren sich der Arbeitervorstand gestützt auf die staatliche Ordnung, heraufarbeitet, so werden sie sich nicht so schnell der Armee der Verzweifelnden in die Arme werfen."

In welchem Sinne die Schule die Gewaltmaßregeln der Behörden gegen die Sozialdemokratie unterstützen soll, wissen wir aus den einleitend angeführten Worten des rheinischen Zentrumsbürokraten. Und wenn sich der Verkümmern des Rechtes durch die Schule sieht, dann hofft man, daß sich die Arbeiter "nicht so schnell der Armee der Verzweifelnden in die Arme werfen". Die "Arme" der

"Verzweifelnden" ist die Sozialdemokratie, ist die Arbeiterbewegung, die zuerst sich des Proletariats angenommen, sein Glück erkannt und ihm die Wege zu seiner Erfüllung gewiesen hat, indem sie dem arbeitenden Volke die Macht der Solidarität zeigte und ihm in der Organisation das Mittel gab, seine Lage zu verbessern und das Ziel zu erreichen, wo das Glück, die Verzweiflung ein Ende hat. Die Sozialdemokratie, die nichts kennt als Arbeiten und Schaffen an der Gesundung und Befreiung des Volkes, die eine solche Summe von Leistungen und Erfolgen aufzuweisen hat, daß von den Brosamen, die von ihrem Eische fallen, sich die Christlichen nähren können, diese machtvoll eindrückende, unablässige wirkende Kulturbewegung eine "Armee der Verzweifelnden"! Soll man da lachen über den Verstand oder über die Unmuthung derjenigen, die solchen Überwitz zu schreiben fertig bringen?

Man weiß, wohin das Streben der frommen Jugendfreunde, die sich hier dem arbeitenden Volke als Heil anweisen, geht. Der Clerikalismus führt, wie sein Einfluß auf die Jugend und damit auf das Volk mehr und mehr schwand; er steht eine andere Macht am Werk, die die arbeitenden Massen in ihre Reihen zieht und um so größere Anziehungskraft ausübt, als sie mit neuen Gedanken und neuen Zielen, die die Bürgschaft ihres Sieges in sich selber tragen, an das Volk herantritt. Der Clerikalismus, der Bund von Kirche und Zentrum, macht in seinem Ringen um die Jugend von neuem mobil gegen den Sozialismus. Wir zweifeln nicht, daß der Sieg auf unserer Seite sein wird. Er wird es um so gründlicher und schneller sein, je mehr auch wir, Politiker wie Gewerkschafter, auf dem Posten sind und die Jugend für uns zu gewinnen trachten.

Stimmen zum Verbandstag.

Ich halte die Art, wie die Urabstimmung vorgenommen wurde, nicht für einwandfrei. Es ist dabei aus der Geheimen eine öffentliche Abstimmung geworden, was verhindert werden mußte, trotzdem darüber im Statut keine besonderen Vorschriften vorhanden sind. Das Resultat der Berliner Kollegen ist aber ein sehr beachtenswertes, nicht wie etwa in Nr. 19 dieser Zeitung gefaßt wird, daß "das selbe nicht sehr rühmlich sei", sondern es ist sehr erfreulich zu nennen, insoweit als anzunehmen ist, daß die Kollegen jedenfalls nicht aus lauter Egoismus gegen die Beitrags erhöhung gestimmt, sondern um den Kollegen in der Provinz resp. kleinen Städten die Verbandszugehörigkeit durch Einführung von Staffelbeiträgen zu erleichtern. Das ist ideal gehandelt, was man leider von verschiedenen anderen größeren Städten nicht sagen kann. Das Resultat ist aber auch für den Vorstand bedenklisch, insofern nur etwas über die Hälfte der Mitglieder an der Urabstimmung teilgenommen haben, was jedenfalls nicht mit dem Worte "Interessenlosigkeit"; sondern "Verbandsverdrossenheit" zu bezeichnen ist, denn noch nicht ein Drittel der gesamten Verbandskollegen haben sich für den erhöhten Einheitsbeitrag erklärt. Soll der Verband vorwärts schreiten, muß dieser Zustand beseitigt werden, da kann auch der Hinweis, daß auf Antrag die bisherigen Beiträge, wenn der Arbeitslohn ein sehr niedriger ist, beibehalten werden können, nichts nützen; es ist wohl eine Konzession an die Staffelbeiträge, aber sonst nur lächerlich. Jedenfalls muß diese Frage auf dem Verbandstage ernstlich erwogen werden, dazu dürfte schon der Aussall der Urabstimmung genügend Veranlassung geben, denn die 85 000 Stimmen gegen die Erhöhung der Einheitsbeiträge nahmen dazu.

Ich würde, um ganze Arbeit zu machen, die Einführung von 6 Klassen in Vorschlag bringen, und zwar höchstens zu einem Verdienst von 15 Pf. 40 Pf. wöchentlicher Beitrag, von 15—20 Pf.: 50 Pf., von 20—25 Pf.: 80 Pf., von 25 bis 30 Pf.: 70 Pf., über 30 Pf.: 80 Pf. Die Klassifizierung dürfte manchem Kollegen zu hoch erscheinen, aber man muß bedenken, daß an den einzelnen Orten jedenfalls nur 2, höchstens 3 Sorten Märkte gebraucht werden, welche auch durch Farbenunterschiede leicht erkenntlich gemacht, beim Klassieren die Arbeit erleichtern würden. Die Klassifizierung der Orte ist vom Verbandsvorstand nach Abstimmung der betreffenden Ortsverwaltung festzusetzen. Bei den Unterstützungen rechnet man prozentual z. B. bei Arbeitslosen etwa 1—12, steigend in 3—4 Jahren um je 1,20 Pf. Bei Streiks 1 zu 15, steigend von 20 Wochen in vier Abschnitten bis zu 200, um je 1,50 Pf. pro Abschnitt. Dann für jedes Kind bis zu einer Höchstgrenze von 1 Pf. wöchentlich hinzzu. Bei der Krankenunterstützung kann man ein ähnliches Verfahren anwenden. Wenn dagegen eingewendet wird, daß sei zu kompliziert, so ist darauf zu erwideren, daß jede Neureinrichtung erst eingelebt werden muß, man muß dabei etwas lernen. Es wäre doch auch wirklich beschämend, wenn wir nicht dasselbe, was große Krankenlassen ausführen, verwaltungstechnisch auch durchsetzen könnten, allerdings gehört dazu auch der gute Wille.

* Mannigf. Bernburg.

Der größten Teil unserer Kollegen hat schwer zu ringen, um seinen Pflichten in jeder Beziehung auch nur einigermaßen nachkommen zu können. Es ist gerade aus diesem Grunde schwer zu verstehen, daß man von verschiedenen Seiten den Kollegen in der Großstadt den Vorwurf macht, sie führen auf Kosten der kleinen Bahnhöfen ein besseres Leben. Eine Diskussion in dieser Weise er scheint mir wenig sachlich. In der Großstadt sind ganz andere Lebensverhältnisse. Die Kollegen dort nehmen lebhafte Anteil an dem großen Emanzipationskampf. Es gibt viele Kollegen in den kleinen Orten, die sich über solche Dinge, die oft große Opfer fordern, kein graues Haar wachsen lassen. Wenn ich auch nicht in nicht lange gebrachter Weise über Schnaps- und Biergelage sprechen will, so kann man doch manchmal die Beobachtung machen, daß mancher Pfennig besser angebracht wäre im Verbandsinteresse, als anderswo. Freilich, nirgends rechnet man so genau, als wenn es gilt im Interesse unserer Sache etwas zu tun. Hier kann nur Aufklärung und immer wieder Aufklärung helfen. Schließlich sind es noch nicht einmal immer die

schwachgestellten Kollegen, die über zu hohe Beiträge kommen. Dann weiter: führen denn die Kollegen in den Großstädten die schweren Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiet nicht zugleich im Interesse der kleinen Orte? Die Klassenbeiträge, wie sie von den verschiedenen Seiten gewünscht werden, bringen der Verbandsstasse absolut keinen Vorteil. Und darauf kommt es doch an. Die Kollegen wünschen die endliche Beseitigung der Extraprätäräge, die, wie es den Anschein hat, periodisch immer wiederkehren. Aber mit der Einführung der Klassenbeiträge wird das erst recht nicht erreicht werden. Die Staffelung der Beiträge bedeutet ohne weiteres die Staffelung der Unterstützungsätze. Das unter diesen Umständen noch viel erheblichere Summen an Unterstützungen ausgezahlt werden müssen, wie bisher, ohne daß die Einsparungen Schritt halten können, versteht sich von selbst. Und welche ungewöhnlichen Schwierigkeiten würden sich bei Einführung von Klassenbeiträgen ergeben. Eine Anzahl neuer Beamter und in vielen Bahnhöfen Konfusion über Konfusion. Unsere Verbandsverhältnisse sind eben ganz andere als die in anderen Verbänden. Die Wichtigkeit bei den verschiedenen Unterstützungsätzen wäre nicht gerade geeignet, das Wohl unseres Verbandes zu fördern. Also: Einheitlichkeit der Beiträge und der Unterstützungsätze, solange wie nur möglich, kann die Aktion des Verbandes am besten fördern!

F. Böttcher-Apolda.

Wenn ich auch für die Beitrags erhöhung gestimmt habe, so bin ich doch der Meinung, daß die beste Lösung Staffelbeiträge wären. Die Kleinstädte ziehen die Kollegen zur Organisation heran, und wenn sie soweit sind, dann gehen sie nach der Großstadt. Dadurch bekommen die Großstädte immer herangebildete Kollegen, und die Kleinstädte bleiben zurück. Es gibt auch in den Kleinstädten tüchtige Kollegen, aber die können nichts unternehmen. So zurückgeblieben, wie Kollege Ignatz-Uetersen es hinstellt, sind sie doch nicht, aber sie müssen auch mit den zurückgebliebenen Zuständen der Kleinstädte vorlieb nehmen und sind doch dadurch genug gestraft. Da die Großstädte die Vorteile der Organisation in jeder Beziehung ausnutzen können, so können sie auch gern höhere Beiträge bezahlen, aber die Leistungen des Verbandes müßten für alle Kollegen dieselben sein, soviel Opfer müßten die Großstadtkollegen bringen. Der Vorstand wundert sich über die Unimotität in den Kollegentreffen gegen die Beitrags erhöhung. Das kommt daher, daß trotzdem die Höhe in die Höhe gingen, die Lebenshaltung für sie immer schlechter wird. Nach jeder Beitrags erhöhung kamen auch unsere Beamten mit Gehaltserhöhungen, die sie auch bewilligt bekommen. Dadurch werden sie der Not des Tages entfremdet und den Verhältnissen, unter denen die übrigen Kollegen leben. Es wäre richtiger, wenn unsere Beamtentkollegen einen bestimmten Grundgehalt hätten, der sich um eine bestimmte Summe höher stellt, als die bestbezahnten Kollegen am Orte, und nur dann höher steigt, wenn der Lohn am Orte steigt. Dann haben diese Kollegen immer ein Interesse an besseren Zuständen der Gesamtcollegenschaft. Stellen wir die Beiträge so, daß auch die Kollegen der Kleinstädte nicht verhindert werden, durch die Höhe der Beiträge sich zu organisieren.

Gustav Berna, Betschau.

In Nr. 21 der "Holzarbeiter-Zeitung" beschäftigen sich einige Kollegen mit meiner Einsendung in Nr. 19. — Wenn Kollege H. Claus-Darmstadt auf meine Ausführungen zu dem Schluß kommt, "daß deshalb für uns noch lange kein Grund vorliegt, die Staffelbeiträge abzulehnen", so habe ich hierauf zu bemerken: Ich habe persönlich nicht das geringste gegen die Staffelbeiträge einzubringen, wenn es einer der Kollegen unternimmt, mir nachzuweisen, daß dieselben für die Hauptkasse eine Menge einnehmen. Die Abrechnungen fast sämtlicher Gewerkschaften, welche Staffelbeiträge bezahlen, beweisen eher das Gegenteil, und das sind reine Berufsgewerkschaften, während für uns ein Industrieberband in Frage kommt, der von vornherein mit weit größeren verwaltungstechnischen Schwierigkeiten zu rechnen hat, die auch in finanzieller Hinsicht gewaltige Mehrkosten verursachen müßten. Wenn Kollege Claus-ferner meint: "Wir sind nicht groß geworden durch die hohen Beiträge", — nein! — aber durch die Einführung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung, welche einzuführen nur durch die hohen Beiträge möglich wurde. Kollege Wehrle-Brechenberg und Klüber-Rosenheim singen das bekannte Lied: Die Kollegen auf dem Lande müssen Beiträge zahlen, daß die Kollegen in den Großstädten streiken können. Ich fühle mich nicht veranlaßt, als Anwalt des Hauptvorstandes aufzutreten, aber sobald ich die Praxis sehe, ist derselbe nichts für die kleinen Bahnhöfen zu sprechen, d. h. wenn die Organisationsverhältnisse es erlauben, und wenn die Kollegen nicht im nötigen Maße organisiert waren oder sind, so hat er hierzu keine Ursache. Kollege Wehrle meint: Wer hat zu der Zeit, als der Beitrag 15 Pf. betrug, auf dem Lande eine Wohnung gehabt von einer Gewerkschaft? Da bin ich der Meinung, daß selbst jetzt in der Hauptkasse noch niemand eine "Wohnung" hätte von einer Gewerkschaft auf dem Lande, hätten wir nicht die Unterstützungsbeiträge durch die Erhöhung der Beiträge. Kollege Klüber-Rosenheim nennt es eine Abgeschmacktheit, den Kollegen zugunsten der besser bezahlten Kollegen auf den Viergenuss zu verzichten. Das hat ja niemand verlangt, trotzdem man über den Wert des Vieles (auch des bürgerlichen) als "Nahrungsmittel" (?) verschiedener Meinung sein kann. Ich gönne dem Kollegen Klüber sowohl wie den Holzknaben des bayerischen Oberlandes ihre drei Quartal von ganzem Herz, auch wenn es einmal zehnmal drei Quartal werden sollen, ich vertrete nur die Ansicht, daß ein Kollege, der drei oder vier Mark übrig hat für einen Gastwirt, der in den meisten Fällen sein politischer Gegner ist, nicht gerade bei dem "Zehnerl" Beitrags erhöhung seine Sparsamkeit in die Regel schieben zu lassen braucht. Dieses "Zehnerl" kann gespart werden, darin stimme ich mit dem Kollegen Klüber überein, aber nicht am Verbandsbeitrag, sondern am Maßkrug.

Adalbert Ignatz-Uetersen i. Holst.

Die vielen Stimmen, die bis jetzt zum Verbandstage laut geworden sind, beschäftigen sich zunächst mit der Delegatsfrage. Es sei mir verübt, eine andere Frage aufzuwerfen, nämlich die Delegiertenwahl. Es hat sich bei den letzten Wahlen zum Verbandstage gezeigt, daß das jetzige Wahlsystem Wahlstellen mit solcher Branchenstruktur, wie sie unser Industriezentrum hat, keine gerechte Vertretung garantiert. Wir haben hier zurzeit rund 24 000 Mitglieder = 24 Delegierte. Die Branchenzugehörigkeit ist folgende: Bodenleger 250, Bürstenmacher 62, Drechsler 618, Einseher 874, Faloutschäfer 112, Hamannmacher 221, Kistennacher 827, Kästnerarbeiter 1068, Korbmacher 187, Maschinenarbeiter 2015, Modelltschler 666, Perlmutterarbeiter 189, Polierer 2052, Rahmenmacher 183, Stellmacher 590, Stocarbeiter 517, Tischler 12 601, Vergolder 788. Wenn man nun die Liste der gewählten Delegierten betrachtet, so sieht man, daß fast alle Branchen, mit Ausnahme der Polierer und Modelltschler, einen respective mehrere Delegierte schicken. Es frappiert aber, daß diese beiden Branchen, die doch eine Vertretung haben müßten, unvertreten bleiben. Das Motiv ist das Wahlsystem. Es weicht nämlich von dem Reglement, § 96 des Statuts, mächtig ab, wenn man betrachtet, daß einige Branchen, die noch nicht einmal 100 Mitglieder zählen, ihren Delegierten schicken, und andere, die über 1000 und mehr Mitglieder verfügen, leer ausgehen. Man kann ja nun einwenden, wir sind im Industrieverbund, da kann die Branche nicht ausschlaggebend sein. Das kann nur soweit auftreten, als eine Branchenverbandshälfte ins Auge springend ist, z. B. Bau- und Eisenbahn. Aber zwischen Bürstenmacher und Modelltschler muß ein anderer Ausweg gesucht werden. Das ist die ProportionalVertretung, d. h. verhältnismäßige Vertretung für die einzelnen Bezirke oder Branchen. Nur durch diese Einführung kann es möglich sein, derartige Wahlmachereien, wie sie die letzten Wahlen gezeigt haben, zu inhibieren. Meine Absicht war es nur, in groben Konzuren das Wahlbildnis von Berlin zu zeichnen, um eine Reform des Wahlsystems in die Wege zu leiten.

F. Bernau, Berlin.

Soziales.

Der Wahlrechtswechselbalg ist tot.

Die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg hat eine schwere Niederlage erlitten. Um das in der Chronik gegebene Versprechen des Königs von Preußen einzulösen, welches eine organische Fortentwicklung des Wahlrechts in Aussicht gestellt hatte, hat die preußische Regierung eine Vorlage eingebracht, die weder Fleisch noch Fisch war. Herr v. Bethmann Hollweg hat sich Zeit gelassen; umständliche Berechnungen wurden angestellt, und langweilige Vorbereitungen gingen der Einbringung der Wahlrechtsvorlage voraus. Man hätte daraus schließen sollen, daß die Regierung von der Vortrefflichkeit ihrer Arbeit durchaus überzeugt sei. In Wirklichkeit hat sich aber das Ministerium durchaus keine Mühe gegeben, seinem Werk zur Annahme zu verhelfen. Der preußische Ministerpräsident schwört auf die „gottgewollte Abhängigkeit“, und er überließ sich willig der Führung der Konservativen. Dieser Herr, der im Nebenamt auch Reichskanzler und als solcher berufen ist, die Reichsverfassung zu schützen, ist ein abgesagter Feind des Reichstagswahlrechts, das doch ein sehr wichtiger Teil der Reichsverfassung ist. Der Gedanke der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ist ihm schrecklich, unter keinen Umständen will er davon etwas wissen. Er denkt aber auch gar nicht daran, das verrottete preußische Wahlsystem auch nur im geringsten im modernen Sinne zu reformieren. Mit seiner Vorlage versetzte er keinen weiteren Zweck, als den Weg zu einer wirklichen Reform recht gründlich zu vertrammeln. Wie dieser Zweck erreicht wird, ist ihm im Grunde gleichgültig.

Deshalb legte auch die Regierung gar keinen Wert darauf, daß die Vorlage in der von ihr vorgeschlagenen Form zur Annahme gelangte. Die Regierung hatte öffentliche und direkte Wahl vorgeschlagen, die schwarz-blau Mehrheit beschloß statt dessen die halbgeheime, indirekte Wahl. Die Regierung akzeptierte auch diesen Modus in der ganz richtigen Überzeugung, daß der Volkswillen so oder so gefälscht wird. Die Regierung hatte vorgeschlagen, daß Steuerbeträge über 5000 M. bei der Bildung der Klassen nicht mehr angerechnet werden sollen, die Landtagsmehrheit hat diese Maximierung auf 10 000 M. erhöht, und die Regierung war damit einverstanden. Statt der verschiedenen Kategorien von Offizieren, Unteroffizieren und sonstigen bevorzugten Menschen, die als „Kulturträger“ in eine höhere Wählerklasse verjezt werden sollten, räumte das Abgeordnetenhaus dieses Privileg nur den Besitzern eines Meisterzeugnisses zum Besuch der Universität ein. Auch damit war die Regierung zufrieden; ja, sie war so bescheiden, daß sie bei der dritten Lesung durch den Mund des Geheimrats v. Falckenbach, dem eigentlichen Vater des Wechselbalgs, das Abgeordnetenhaus bitten ließ, der Begründung, welche sie der Vorlage gegeben, nur ja keine Bedeutung mehr beizulegen. Das hat das Abgeordnetenhaus ohnehin getan. Und in der Sesshalle, in welcher die Wahlrechtsvorlage an das Herrenhaus ging, war der ursprüngliche Entwurf der Regierung kaum noch wiederzuerkennen.

Aus den Reden, die Herr v. Bethmann Hollweg im Herrenhaus hielt, war deutlich zu entnehmen, daß er in dem Wechselbalg hauptsächlich ein Mittel sieht, die wenigen Sozialdemokraten, die aller Hemmisse zum Eingang in das Dreiklassenparlament gefunden hatten, dort wieder hinauszutreiben. Aus diesem Grunde wurde der Beurteilung über die Drittteilung eine Bedeutung beigelegt, die ich normalerweise, wenn man sich von großen Gesichtspunkten leiten läßt, bei der Wahlrechtsreform nicht zulassen durfte. Bei der Behandlung der Frage in den

Parlamenten war aber der Gedanke der organischen Fortentwicklung des Wahlrechts ganz in den Hintergrund getreten, die fleischlichen Traditionserlöser wurden ausschlaggebend. Zum Zwecke der Einteilung der Wähler in drei Klassen wird die von Ihnen aufgebrachte Gliederung in drei Teile geteilt. Gegenwärtig erfolgt diese Trennung in den einzelnen Wahlbezirken. Diesem Umstand ist es aufzufordern, daß in den älteren Bezirken auch minder bemittelte Wähler in die zweite oder auch erste Klasse aufgestellt werden, modifiziert allein die Wahl von Sozialdemokraten in Berlin ermöglicht wurde. Erfolgt die Drittteilung für einen größeren Bezirk oder für den ganzen Wahlkreis, dann ist die Wahl von Sozialdemokraten in Berlin ausgeschlossen, begegen ist zu erwarten, daß im industriellen Westen die Nationalliberalen einige Mandate auf Kosten des Zentrums gewinnen. Darauf baute der geniale Herr v. Bethmann Hollweg seinen Plan.

Im Abgeordnetenhaus war die Vorlage nur mit den Stimmen des Zentrums und der Konservativen angenommen worden. Um auch die Freikonservativen und besonders die Nationalliberalen zur Mehrheit hinüberzuziehen, sollte ihnen in der Frage der Drittteilung ein Brocken zugeworfen werden. Mit grossem Eifer ging der Ministerpräsident für den, wohl auf Wunsch der Regierung im Herrenhause eingebrachten, Drittteilungsantrag ins Beug. Dieser Antrag fand auch Gnade vor den Herren, die auch sonst mit Erfolg bemüht waren, die Mitgeburt von Wahlrechtsvorlage noch weiter zu verunstalten. Mit der definitiven Annahme des Wechselbalgs durch die „hohen und erlauchten Herren“ war jedoch ein großes Durcheinander in den Parteien entstanden. Am 27. Mai sollte die Vorlage erneut vor das Abgeordnetenhaus kommen, aber noch wenige Tage zuvor wußte kein Mensch, was ihr dort für ein Schicksal blühen würde. Die Freikonservativen waren bereit, das Gesetz in der Fassung des Herrenhauses zu akzeptieren. Aber in der national-liberalen Partei kam es zu schweren Auseinandersetzungen. Insbesondere waren es die Vertreter der schweren Industrie in Rheinland-Westfalen, die als Geldgeber einen großen Einfluss in der Partei besaßen, die die Annahme der Vorlage förderten. Ebenso energisch wurde von anderer Seite, namentlich mit dem Hinweis auf die vor kurzem gesagten Parteitagsbeschlüsse, die Ablehnung verlangt. Bei der sprichwörtlichen Charakterlosigkeit der Nationalliberalen war zum mindesten die Möglichkeit naheliegend, daß die Fraktion den Entwurf, den sie vorher so entschieden bekämpft hatte, nunmehr anzunehmen würde.

Das Zentrum wiederum war gar nicht damit einverstanden, daß es nicht nur mit dem Odium des Volksverrats belastet aus der Affäre hervorgehen, sondern auch zugleich die Zechen in Gestalt von Mandatsverlusten zählen sollte. Es setzte sich in Positur und ließ erklären, daß die Vorlage in der Herrenhaussfassung unannehmbar sei. Hätten nun die Konservativen, um die Vorlage zu retten, einen Kompromiß mit den Nationalliberalen geschlossen, dann wäre das schwarz-blau Kartell, von welchem sich sowohl Zentrum als auch Konservative noch manchen Vorstellungen versprechen, in die Brüche gegangen. Das könnten die Konservativen um so weniger wünschen, als ihnen an einer Änderung des bestehenden Dreiklassenwahlrechts gar nichts gelegen ist. Sie richteten ihre Taktik so ein, daß die Vorlage fallen mußte. Konservative und Zentrum arbeiteten hierbei nach einem gemeinsamen Plan, allerdings so, daß es vor der Öffentlichkeit den Anschein erweckt, als operierte jede Partei unabhängig von der anderen. Während das Zentrum die Wiederherstellung der Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses beantragte, hatten die Konservativen eine Reihe Anträge gestellt, in welchen u. a. kleinere Drittteilungsbezirke verlangt wurden, als sie das Herrenhaus beschlossen hatten. Die Nationalliberalen wiederum brachten ihre früheren Anträge wieder ein, nachdem sich herausgestellt hatte, daß mit den Konservativen kein Geschäft zu machen ist.

Die Parteien hatten ihre definitive Stellungnahme bis zum letzten Augenblick hinausgeschoben, als aber am 27. Mai die Sitzung eröffnet wurde, war das Scheitern der Vorlage gewiß. Herr v. Bethmann Hollweg nahm sofort das Wort, um die vorliegenden Abänderungsanträge für unannehmbar zu erklären. Nachdem die Parteien ihren Standpunkt dargelegt hatten, fiel die Entscheidung bei der Abstimmung über den Paragraphen, der die Drittteilung behandelt. Dieser Paragraph sowie alle Abänderungsanträge wurden abgelehnt, worauf der Ministerpräsident erklärte, daß die Regierung auf die Weiterberatung der Vorlage keinen Wert mehr lege.

Der Wahlrechtswechselbalg ist also abgetan. Herr v. Bethmann Hollweg wollte ganz besonders schlau vorgehen, aber er hat nur erreicht, daß er zwischen zwei Stühle zu sitzen kam. In einem parlamentarisch regierten Lande würde eine solche ellsalte Niederlage den Rücktritt der Regierung zur Folge haben. Preußische Minister können aber auch ohne das Vertrauen des Parlaments regieren. Im Grunde genommen ist es auch ganz gleichgültig, wie der Bureaucrat heißt, der an der Spitze der Regierung steht, denn an eine Änderung des Systems ist in absehbarer Zeit nicht zu denken.

Mit dem Fall der Wahlrechtsvorlage ist natürlich die Wahlrechtsbewegung nicht zu Ende. Ganz im Gegenteil, die Zurückziehung der Vorlage kann als ein Erfolg der Wahlrechtsbewegung gebucht werden. Zieht gilt es für das Volk in Preußen, den Erfolg auszunutzen. Der Aufschwung nach einer wirklichen Reform des Wahlrechts, nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preußischen Landtag darf nicht verstimmen. Von der Regierung und den herrschenden Parteien dürfen

wir natürlich nichts erwarten. Das Volk selbst muß vorwärts drängen. Das Versprechen des Königs und der ganze Wahlrechtsbrand wäre unterblieben, wenn nicht das laute Verlangen des Volkes nach Beseitigung der Dreiklassenordnung diese Aktion ausgelöst hätte. Nun muß die Stimme des Volkes noch lauter und machtvoller erklingen, daß sie von den Gewalthabern gehört wird. Dem Volkswillen kann sich auf die Dauer niemand widersetzen, und deshalb haben wir die seite Rücksicht, daß in absehbarer Zeit auch für Preußen ein gerechtes Wahlrecht erlangt werden wird, trotz des Widerstandes, den Zunter und Pfaffen jedem gesunden Fortschritt entgegenziehen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Die Gründung des achtendenden Verbandsstages erfolgt am Sonntag, 19. Juni, abends 8 Uhr, in der Schwabinger Brauerei, Leopoldstraße in München. Diese Gründungssitzung gilt nur als Vorversammlung zur Konstituierung des Verbandsstages, während die eigentlichen Verhandlungen am 20. Juni im gleichen Lokal beginnen werden. Wie schon früher mitgeteilt, hat der Verbandsvorstand folgende provisorische Tagesordnung aufgestellt:

1. Konstituierung des Verbandsstages.
2. Vorstands- und Kassenbericht.
3. Bericht des Ausschusses.
4. Bericht der Abstimmung und Preiskommission.
5. Innere Lohnbewegung.
6. Die Weitfrage.
7. Statutenberatung.
8. Der Gewerkschaftstag.
9. Der internationale Holzarbeiterkongress.
10. Wahl der Vorstandbeamten und Gaevorsitzer.
11. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Die gewählten Delegierten haben sich so einzurichten, daß sie bei Gründung des Verbandsstages zur Stelle sind. Wünsche in bezug auf Quartier sind an das Bureau der Wahlstelle München, Geyerstr. 1, zu adressieren.

Nachfolgenden Wahlstellen wird hierdurch angedeutet, die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Volksbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbetrag in diesen Wahlstellen am 1. Juni beträgt: in Enden 100 Pf., Hamburg 100 Pf., Heidenheim 60 Pf., Landau 60 Pf., Bella-Mühlis 80 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist der 25. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Das Resultat der Stichwahlen zum Verbandsstag wird in nächster Nummer der Zeitung bekanntgemacht werden, worauf wir die beteiligten Wahlstellen hierdurch aufmerksam machen.

Für die ausgesparten Mitarbeiter gingen von unseren Wahlstellen weiter folgende Beträge ein: Stettin 400,-, Schöneberg bei Berlin 300,-, Karlsruhe 50,-, Nahenau zweite Miete 100,-, Brieselang 100,-, Frankenhausen 30,-, Gotha 100,-, Weimar 100,-, Güsten 10,-, Rodstedt 50,-, Winsen II. Miete 27,50, Bül auf Föhr 28,30, Detmold 100,-, Bochum 50,-, Köln 100,-, Wetz 150,-, Worms 11. Miete 100,-, Kürth 500,-, Regensburg 50,-, Augsburg 50,-, Bussenhausen 100,-, Einzelmilglied Bautzen 2,05 M. In Summa 2897,00 M. Bereits quittiert 10 566,60 M., zusammen 13 464,50 M.

Nächste Mitgliebsbücher sind als verloten gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 47087 Andreas Midlich, Tischler, geb. 20. 11. 83 zu Plaßza, 170 845 Peter Pittendorfer, Tischler, geb. 20. 6. 78 zu Weißbrielen.

204131 Friedrich Gusse, Gießmacher, geb. 10. 9. 66 zu Wangerow.

316792 Walter Meinschen, Harmoniamacher, geb. 24. 11. 87 zu Altenburg.

344842 Max Matopolski, Tischler, geb. 11. 10. 72 zu Briesen.

354407 Friedrich Scherer, Tischler, geb. 3. 9. 87 zu Ahrend.

362132 Franz Köhn, Vergolder, geb. 1. 11. 70 zu Brandenburg a. H.

428636 Willi Grawinkel, Tischler, geb. 14. 8. 89 zu Niel.

443716 Ludwig Preindl, Bürstenmacher, geb. 5. 9. 72 zu Wien.

473800 Anton Danziger, Tischler, geb. 20. 1. 82 zu Golabi, Berlin C, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Vorrespondenzen.

Allerste. Seit einem Jahre geht es auch in hiesiger Gegend mit unserer Organisation etwas voran. Allerdings ist es nicht leicht, bei dem ständigen Zu- und Abgang der Kollegen, die Wahlstelle zusammenzuhalten, welche sich dazu noch auf mehrere Orte verteilt. In Altensteig, Glashütte, Rohrdorf und Nagold sind über 100 Schreiner beschäftigt, da will es nicht viel heißen, wenn 30 bis 40 jährlich organisiert sind. Die auswärtigen Kollegen halten sich größtenteils fern, obwohl gerade diesen die Belohnungen des Verbandes in erster Linie zugute kämen. Tatsächlich haben sich auch die Arbeitsverhältnisse gehoben. Während vor drei bis vier Jahren nur 7 M. höchstens 8 M. Wochenlohn bei Stoff und Logis bezahlt wurden, sind seitdem die Löhne teilweise auf 10 bis 12 M. gesteigert worden. Wer noch im Zweifel darüber wäre, daß dies unter dem Einfluß der Organisation, wenn auch nicht direkt durch Lohnbewegung, vor sich ging, vergleiche nur die einzelnen Orte; ja selbst der Vergleich der einzelnen Betriebe eines Ortes konstatiert die Tatsache, daß die Lohnverhältnisse um günstigsten sind, wo Verbandsmitglieder arbeiten. Am schlechtesten sind noch die Schreiner in der Oberlausitzstadt Nagold gestellt: Arbeitszeit 11 Stunden, Lohn für Berheiraete 2,70 M. bis 3,20 M. pro Tag. Eine Wahlstelle unseres Verbandes beschäftigt dort seit drei Jahren

nicht mehr. Vängere Zeit hindurch konnte auch im größten Betrieb dieser Gegend, bei Wadenhut, Altensteig, die Organisation nicht recht auskommen. Wenn dies seither etwas besser geworden, so darf keineswegs angenommen werden, daß Herr Wadenhut uns jetzt freundlicher gesinnt ist. Mit der Vergütung des Betriebes, es sind dort 25 Arbeiter beschäftigt, war er eben auf die organisierten Kollegen angewiesen. Um den fortwährenden Anständen und Beschwerden zu begegnen, sowie um tüchtige Arbeiter am Orte zu erhalten, wohl auch, um einem direkten Einflusse des Verbundes vorzubeugen, ist Wadenhut sogar dazu übergegangen, den Verbandsmitgliedern die kosterausgabe zu zahlen und haben unsere Kollegen hier eine Rente von 3,00 Ml. bis 4 Ml. erzielt. Zweck dieser Zulagen soll sein, zurückende Kollegen dahin zu informieren, daß sie ebenfalls die Ausbezügung des vollen Lohnes gleich bei der Einstellung vereinbaren. Wir müssen dahin gehen, den kost- und Logiszwang allgemein zu beseitigen. Seider steht uns hierin noch leichter die Kürzbarkeit und Gleichgültigkeit der Kollegen selbst hindern im Wege. Um das Errungene hochzuhalten und unser Ziel erreichen zu können, ist vor allem Ausbau unserer Organisation notwendig.

Wimberg. Der christliche Holzarbeiterverband dient auch hier dazu, die Kraft der Arbeiterschaft zu zerstören. Es ist vor kurzem nötig, sich der christliche Gauleiter Schärzer von dem hiesigen Schuhverbandsvorstande, Schuhmeister Hirsch, sagen lassen, daß die Meister bei dem Tage zuvor erfolgten Tarifabschluß anders aufgetreten wären, wenn sie dort schon die Unzulänglichkeit unter den Arbeitern gesehen hätten. Schärzer war nämlich zu Hirsch gekommen, um unseren Meistern wegen angeblicher Verbreitung eines christlichen Mitgliedes zu denunzieren. Dieser hat der fragliche Christ schon bei der Aufnahme der Arbeit erklärt, nach der Lohnbewegung zu uns übergetreten zu wollen, weil es ihm in seiner Organisation nicht mehr rechte. Nachdem ihn nun aber Schärzer gründlich befragt hat, wag er sich wohl mit dem angeblichen Terrorismus herauszupreden haben. Am Abend stellte sich die Haltlosigkeit dieser Angaben heraus und auch Herr Hirsch hatte nichts von berichtigtem wahrzunehmen. Aber ist es nicht beschämend für den christlichen Gauleiter, sich hier vom Unternehmer sagen lassen zu müssen, daß solche Ungelegenheiten nicht vor den Arbeitgeber gehörten, sondern zwischen den beiden Arbeitervororganisationen erledigt werden sollten? Das ist bitter, Herr Schärzer, wenn ein Unternehmer in diesen Dingen ehrlicher ist als ein christlicher Arbeitgeber! Wenn wir übrigens von Terrorismus reden wollten, der christliche reichte zu einem Kapitel aus. Vor zwei Jahren haben sogar die Christen versucht, zwei Kollegen mit Ohrenfeuer zu ihrer Organisation zu "befehlen". Man habe sich damals in den Kopf gesetzt, die freien Gewerkschaften hier zu nutzen, doch solche Ungelegenheiten nicht vor den Arbeitgebern gehörten, sondern zwischen den beiden Arbeitervororganisationen erledigt werden sollten? Das ist bitter, Herr Schärzer, wenn ein Unternehmer in diesen Dingen ehrlicher ist als ein christlicher Arbeitgeber!

Berlin. (M a m m a c h e r.) Die hiesigen Arbeitgeber benötigen die gegenwärtig starke Geschäftszzeit, um die Löhne zu drücken. Der Unternehmer Schweizer, ein ehemaliger Kollege, hatte schon im Februar 1908 die Akkordpreise verabgesetzt, indem er die Kollegen, die sich das nicht gefallen ließen, durch willigere ersetzte. Trotzdem möchte Herr Schweizer immer gern den huminen Arbeitgeber markieren. Am 9. Mai hat er aber nun von neuem bei den Schleifern und Carlseier Abzüge vorgenommen, die 8 bis 12 Ml. pro Woche ausmachen. Schweizer begründet dies, wie alle Arbeitgeber, damit, daß er zu hohe Löhne zahle. Dabei bezahlt er keine besseren Akkordpreise als die meisten anderen Arbeitgeber am Orte. Wenn bei ihm trotzdem ein etwas höherer Verdienst erzielt wurde, so doch nur infolge einer raffinierteren Arbeitsmethode und feiner Aufpasser, die zur intensivsten Arbeit antreiben. Herr Schweizer kann auch nicht Konkurrenzfähigkeit für den Abzug vor schützen, denn es ging doch während der Kriege mit diesen Preisen. Auch bei der Firma Person bestehen immerzu Differenzen. In dieser Werkstatt wurde früher in Alford gearbeitet. Die Kollegen hatten durch die Lohnbewegung 1908 einen Abschlag von 5-10 Proz. auf ihren verdienten Wochenlohn erzielt. Im Sommer 1909 wollte Herr Person die Prozente nicht mehr zahlen, worauf er sich verständigte, Lohn zu zahlen. Nachdem der Lohn mit jedem Arbeitstag ausgemacht war, erlaubte sich der Werkführer Otto unsere Kollegen nach den alten Akkordzächen zu kontrollieren; es sollte jeder seinen Lohn ohne Prozente verdienen, den er früher mit denselben verdiente. Nun möchte der Arbeitgeber am liebsten wieder Alford einführen, weil er in der schlechten Geschäftszzeit mit dem Lohn kein gutes Geschäft macht. Wir können ihm leider den Gefallen nicht tun, wir ändern die Arbeitsverhältnisse nicht alle Maßen lange. Zum Abschluß der Branche sollen Überstunden verweigert werden. Bei der Firma Stetschmann haben die Kollegen trotzdem Überstunden geleistet, und sind es besonders einige Nachkollegen bei den Kammacher, die gar nicht genug arbeiten können. Bei den Schleifern ist es jetzt gelungen, die Überstunden abzuschaffen, und wird es hoffentlich auch den dort beschäftigten Kammachern noch einmal einleuchten, daß auch der Arbeitstag noch andere Bedürfnisse hat, als bloß Tag und Nacht zu arbeiten.

Dresden. (Modellfischler.) Auf zwanzig Jahre Modellfischlerentwicklung können wir hier zurückblicken. Sehen wir das Fazit der langen Zeit, so können wir konstatieren, daß sich die Lebenshaltung der Dresdener Kollegen merklich verbessert hat. Wurden doch in den neunzig Jahren nur Höchstlöhne von 25 bis 30 Pf. gezahlt bei einer 67- bis 68stündigen Arbeitstage. Am Jahre 1890 wurde der Modellfischlersachverein von 70 Kollegen gegründet, welcher sich nach vielen Mühen und Kämpfen 1893 dem Deutschen Holzarbeiterverband anschloß und nun eine eigene Sektion bildet. Durch intensive Agitation seitens der älteren Kollegen und durch Abhalten zahlreicher Versammlungen gelang es, die Kollegen zusammen-

zu halten, so daß der Organisationsstand ein guter zu nennen ist. Über noch sind wir nicht so gestellt, daß wir die Hände in den Schöß legen könnten, sondern wir müssen versuchen, auch den letzten Kollegen der Organisation zu führen. Dann sind wir eine Macht, mit der die Industriellen und Kleinmeister zu rechnen haben und die ihnen noch manche Lohn- und Arbeitsverbesserung ahringen wird. Darum hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband und mitgearbeitet an unserem großen Ziel. Dann wird auch unsere Zentralkommission besser funktionieren, wenn sie der besseren Unterstützung aller Kollegen teilhaftig wird. Den zureitenden Kollegen zur Mitteilung, daß das Umschauen streng verboten ist. Unser Nachweis befindet sich im Volksbank, Nienbergsitz. 2.

Gera. Die Hofpianofabrik Wilhelm Späthe mit dem hochlingen Namen "Grosse Kunst-Industrie" gleicht einem Taubenschlag. Stundenlöhne von 22 bis 35 Pf. sind wohl für unsere Residenz mit Großstadtpreisen nur als Bettelwöhne zu bezeichnen. Die Akkordpreise sind derart ausgerechnet, daß dieser horrende Stundenlohn nur durch allergrößte Anstrengung überholt werden kann. Mit Hilfe der raffiniert eingeführten Teils- und Frauenarbeit sowie einer Lehrlingszüchterei im großen Stil sind die armen Millionäre in der Lage, die Löhne derart herunterzudrücken. Dazu kommt noch die heizende fluchwürdige Willens- und Energiesigkeit der Arbeiter. Drei Chefs, je ein Direktor, technischer Betriebsleiter, Obermeister nebst einem Stab von 20 Vorarbeitern führen das Kommando. Da "Kunst" immer noch besser als "Kunst" ist, so könnten hier erhabende Vorgänge erzählt werden, wie der und jener sich zum Vorarbeiter empor "gearbeitet" hat. Außerdem stehen die Arbeiter noch unter einem beschämenden Strafssystem. Es vergeht keine Lohnzahlung, wo nicht ein ganz häbliches Sämmchen an willkürlichen Strafabfällen eingeschalten wird. Die Lohnzahlung ist eine vierzehntägige. Zur vollständigen Verdummung der Arbeiter besteht noch ein Fabrikgesangverein. Die Mitglieder dieses Klubbinvereins haben hier am besten Gelegenheit, von der Sonne der "Kunst" beschienen zu werden. Anders ergibt es dafür den Holzarbeiterverbänden. Alle Denunzianten und Schmarotzer treibt man auf die Weine, um herauszufinden, wer zu diesen gehört. Wenn es nur leider nicht immer die leistungsfähigen Arbeiter wären! Wäre in diesem Betrieb die Arbeiterschaft einig, unmöglich würden sie sich dann in dieser Zeit der Zeuerung noch Abzüge bieten lassen. So ist jetzt bei den Abnehmern ein großer Abzug gemacht worden. Die jüngeren Kollegen haben darauf den Betrieb verlassen und sich lohnendere Arbeit gesucht. Einen alten langjährigen Arbeiter entließ die Firma, da er erklärte, für den reduzierten Preis nicht arbeiten zu können. Auch bei den Postierern sucht man durch Einstellen von Gelegenheitsarbeitern die Akkordpreise zu reduzieren. Die auswärtigen Kollegen, welche sich durch eine Gastrolle selbst einmal über die haarräubernden Missstände obiger Firma unterrichten wollen, bitten wir, nur an unseren Arbeitsnachweis zu schreiben. Für die Kollegen aber gilt es, fest zusammenzuhalten, um gerüstet späteren Kämpfen gegenüberzustehen.

Heilbronn. (A l a b i e r a r b e i t e r.) Schon öfters ist es vorgekommen, daß Alabierarbeiter in auswärtigen Zeitungen gesucht wurden. Mancher Kollege mußte enttäuscht wieder abreisen. Wir möchten die Kollegen, die beabsichtigen, hier anzusiedeln, ersuchen, sich bei der Lokalverwaltung zu erkundigen.

Mühlhausen i. Thür. Die Holzwarenfabrik von E. Kleeburg hat eine eigene Betriebsfrankenkasse, welche die dort allgemein üblichen Missstände auch zeigt. Wird ein Kollege krank, so bekommt er zunächst eine Menge guter Pflegesätze, damit er den Arzt nicht erst brauchen soll. Besieht der Kollege aber nun doch auf einem Krankenschein, so bestimmt ihm Herr Kleeburg den Arzt. Ist nun der Arbeiter längere Zeit krank, dann schickt Herr Kleeburg alle Tage, er möge bald wiederkommen, die Arbeit sei sehr eilig. Der Kollege, dem das Bummeln auch nicht gerade gefällt, läßt sich gesund schreiben, um nun wieder arbeiten zu können. Aber jetzt wird ihm offenbart, daß seine Bank besiegelt sei. So sorgt der humane Herr dafür, daß seine Kranenkasse immer gefüllt ist, die Arbeiter aber um ihre eingezahlten Beiträge kommen. Nach einer Werkstattversammlung erklagte sich der Herr Kleeburg sehr eingehend, wer von seinen Leuten dagewesen sei. Es mußten denn auch einige Kollegen springen. Ein Kollege hatte für die ausgesperrten Bauarbeiter auf einer Liste gesammelt und wurde deshalb entlassen. Ein anderer Kollege wurde entlassen, weil er eine 14-tägige Urlaub machen mußte. Den Kollegen bei Kleeburg rufen wir zu: Hinzu in den Deutschen Holzarbeiter-Verband!

Quakenbrück. Die hiesige Lokalverwaltung ist schon seit fünf Jahren bestrebt, durch jährliche statistische Aufnahmen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen festzustellen. Ein solches Jahr war die Beteiligung der Kollegen an der Aufnahme lebhaft als früher, immerhin haben sich auch diesmal nur 125 von den 201 hier beschäftigten Kollegen an der Statistik beteiligt. Das Gros der hiesigen Kollegen arbeitet in den Würsten- und Rindfutterfabriken, leider haben sich die Pfeifmacher bei Schade nicht an der Statistik beteiligt, und ebenso die meisten Hilfsarbeiter. Die meist üblichen Löhne schwanken zwischen 3 und 4 Ml. pro Tag, und zwar verdienten 45 Kollegen 3 Ml. bis 3,50 Ml. und 30 Kollegen 3,50 Ml. bis 4 Ml.

20 Kollegen verdienten weniger als 3 Ml., davon 10 weniger als 2,50 Ml. Mehr als 4 Ml. verdienten 21 Kollegen, davon 10 bis 4,50 Ml., 8 zwischen 4,50 und 5 Ml., und 3 Kollegen erzielten mehr als 5 Ml. In den einzelnen Betrieben ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang der durchschnittlich erzielten Löhne zu verzeichnen. So betrug in der Würstefabrik Schade u. Co. der Durchschnittsverdienst 3,52 Ml. gegen 3,62 Ml. im Vorjahr, bei Koopmann sank der Durchschnittsverdienst von 3,52 Ml. auf 3,29 Ml. Was die einzelnen Branchen anlangt, so beträgt der Durchschnittsverdienst der Webker und Einzieher in beiden genannten Firmen 3,39 Ml. Die sieben Mischker bei Schade verdienten 3 Ml. bis 3,51 Ml. im Durchschnitt 3,32 Ml.; bei Koopmann ist nur ein Mischker mit 2,70 Ml. beteiligt. Ein Maschinendarbeiter in letzterem Betrieb verdient 3,50 Ml. während bei Schade 7 Mann mit einem Verdienst von 2,50 Ml. bis 4,75 Ml. im Durchschnitt 3,32 Ml. beteiligt sind. Auch der Durchschnitts-

verdienst der Webker ist in beiden Betrieben mit 4,23 Ml. bzw. 4,21 Ml. ziemlich gleich. Der Lohn der 10 Hilfsarbeiter bei Schade schwankt zwischen 2 Ml. und 4,15 Ml., er beträgt im Durchschnitt 2,77 Ml., während 3 Hilfsarbeiter bei Koopmann 2,50 Ml. bis 2,80 Ml. im Durchschnitt 2,68 Ml. verdienen. Außerdem sind noch bei Schade beteiligt 6 Tischler mit 3,45 Ml. bis 4,93 Ml., im Durchschnitt 4,02 Ml.; 4 Tischler mit 3 Ml. bis 4,00 Ml. im Durchschnitt 3,80 Ml. und 8 Bohnerpolsterer mit 4,15 Ml. bis 5,50 Ml. im Durchschnitt 4,72 Ml. Von den sieben Kollegen der Würstefabrik Noltes sind nur je ein Webker und Einzieher, Webker und Hilfsarbeiter beteiligt, die 2,78 Ml. bzw. 3,78 Ml. und 2,76 Ml. verdienten. Eine von den beiden Kollegen, die beim Würstenmachermeister Wohlweber arbeiten, verdient 2,50 Ml. In der Sägemühle von Hoffmann haben sich von drei Beschäftigten zwei beteiligt mit 3,25 Ml. bzw. 4 Ml. Tagelohn. Von 14 Tischlern, die insgesamt in Quakenbrück in Tischlerwerkstätten arbeiten, sind sechs mit einem Verdienst von 2,50 Ml. bis 3,68 Ml. im Durchschnitt 3,32 Ml. beteiligt.

Die meisten Arbeiter in Quakenbrück arbeiten in Alford, und die angegebenen Löhne sind der Durchschnitt des ganzen Jahres. Die Arbeitszeit beträgt in den Würstefabriken 59 Stunden, in den Tischlereien 60 und in der Sägemühle 66 und 72 Stunden. Überstunden sind 101 geleistet worden; für sie wird ein Aufschlag von 5 Pf. in den Tischlereien 2 Pf. gezaubt. Die Wohnungsmieten betragen meist 100 bis 200 Ml. Von 61 Verheiraten, die Angaben machen, zahlten 3 weniger als 100 Ml., 18 mehr als 200 und von diesen noch 7 zwischen 200 und 220 Ml.; nur 2 mußten mehr als 300 Ml. zahlen. Die Wohnungen werden meist als sehr mangelhaft bezeichnet, was bei der herrschenden Wohnungsnot — es gibt keine leerstehenden Wohnungen am Ort — sehr erklärlich ist. Die ledigen Kollegen zahlen für Miete und Logis 0,50 Ml. bis 12 Ml. Von den an der Statistik beteiligten Kollegen waren 85 insgesamt 680 Tage wegen Krankheit arbeitsunfähig, darunter sind zwei Kollegen, die beide an der Hobelmaschine verunglückt waren, zusammen 118 Tage erwerbsunfähig gewesen. Wie die Aufnahme zeigt, sind die Erwerbsverhältnisse im Holzgewerbe keineswegs günstig, und die Lebensmittelpreise sind so, daß Verheiratete darauf angewiesen sind, sich etwas Ackerland zu pachten, wenn sie durchkommen wollen. Manche, die ohne Kenntnis der Verhältnisse hierher gekommen sind, haben schon bittere Enttäuschungen erlebt. Einzelne haben in der Verzweiflung zur Heimatgeprägt, die eine Zeitlang größeren Umsatz anzunehmen drohte. Für die Kollegen ist das Ergebnis der Statistik eine Mahnung, auf den Ausbau der Organisation bedacht zu sein, damit wir eine Besserung der Zustände herbeiführen können.

Sulz am Neckar. Seit Eröffnung der hiesigen Möbelfabrik als Zweiggeschäft der Süddeutschen Möbelfabrik Göppingen im Jahre 1904 war alle Mühe der gewerkschaftlichen Organisation Eingang zu verschaffen, vergebens. Man glaubte hier, den Verband entbehren zu können. Der Betrieb wurde später verzögert, aus den benachbarten Dörfern wurden Arbeitskräfte herangezogen und bei Detailarbeit angeleert. Im Laufe der Zeit gab es wiederholt Gelegenheit, die Akkordsätze zu regulieren, so daß sich trock gesteigerter Leistung der Verdienst wesentlich verringerte. Die Auseinandersetzung wurde auch danach, unbeschrankt hergestellt der Wille des Fabrikanten. Wohl dämmerte manchem der Kollegen auf, wie notwendig eine Organisation, ein Zusammenhalten der Arbeiter wäre, besonders als im vorigen Herbst wiederum ein größerer Abzug bei Einführung der Abzugsmaschine vorgenommen wurde. Übertriebene Mengenfähigkeit hielt aber jeden zurück, sich dem Verband anzuschließen. "Wenn nicht alle eintreten, hat es doch keinen Wert," war die übliche Ausrede. In diesem Frühjahr war nun trock aller Vorsicht der Betriebsleitung nicht mehr zu verhindern, daß die Organisation in diesem Geschäft Eingang fand. Die erste Folge war, daß der vermutliche "Heber" aus dem Betrieb hinausbuggiert wurde. Als sich aber dadurch niemand abschrecken ließ und weitere Aufnahmen vollzogen wurden, suchte man dem Einfluß des Verbandes auf andere Weise zu begegnen. In wohlwollender Weise wurde den Arbeitern Vorhaltungen gemacht, daß sie doch den Verband gar nicht nötig hätten, sondern jederzeit auf das Entgegenkommen der Herren Fabrikanten rechnen könnten. Mit dem Geschäftsausschuß wurde sodann der Akkordtarif revidiert und durchweg 5 Proz. bis 10 Proz. aufgebessert, was einer Lohnerhöhung von durchschnittlich 2 Ml. pro Woche gleichkommt bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche durch Verlängerung der Pausen. Wir können dieses Vorgehen der Firma dankend quittieren, wie wir uns auch mit der Maßregelung eines Kollegen wegen Verteilung des Verbandsorgans abfinden. Bei der jetzt günstigen Arbeitsgelegenheit wird weder die Androhung der Entlassungen verfangen, noch wird man sich durch „Zurücksetzung“ der früher gemachten Abzüge, als was die jetzige Aufbesserung bewertet werden muß, beirren lassen. Die Arbeiter müßten aus dem früheren Zustand gar nichts gelernt haben, wenn sie die Notwendigkeit der Organisation nicht einschätzen würden. Den noch fernstehenden rufen wir zu: Schießt Euch an, der Verband wird uns noch oft zum Schutz und Vorteil gereichen.

Warmbrunn i. Schl. Tatsächlich unserer Lohnbewegung im April dieses Jahres wurde mit der Firma Gebr. Wallisch ein Tarifvertrag abgeschlossen, laut welchem am 16. Mai die Stundenlöhne um 2 Pf. erhöht werden sollten. Am 14. Mai wurden jedoch 15 Kollegen entlassen, nachdem sie seit der Lohnbewegung Überstunden in Hülle und Fülle gearbeitet hatten. Für diese Entlassungen wird Arbeitsmangel vorgeschoben, an die unsere Kollegen aber so gar nicht glauben mögen. Dem Baumeister gegenüber erklärte Herr Wallisch, allerdings auch, daß nur aus Arbeitsmangel die Kollegen entlassen worden sind und daß er bei wieder eintretendem Bedarf an Arbeitskräften die Entlassungen zuerst einstellen werde. Wie dem aber auch sein möge, eine rigorose Handlungswelle bleibt es doch, wenn erst von den Arbeitern Überstunden bis zum Erbrechen verlangt werden im Interesse des Unternehmers und dieser nachher die Arbeiter auf die Straße setzt. Die Kollegen mögen sich das wohl merken und in Zukunft mit Überzeularbeit nicht mehr so freigiebig sein.

Unsere Lohnbewegung.

In Angermünde dauert der Streik in der Bauschleife und Möbelfabrik von Pfelsing jetzt die vierte Woche. Die Firma bemüht sich, durch Zusatze in auswärtigen Zeitungen Arbeitskräfte heranzuziehen, bisher ohne Erfolg. Nur einige hiesige Kollegen, besonders unverheiratete, hielten es für zweitmäig, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Heute sucht die Firma nur Leute, die keiner sozialdemokratischen Organisation angehören; wer in Arbeit tritt, muß erst seinen Austritt aus dem Holzarbeiterverband vollziehen. Unsere Kollegen werden aber ihr Koalitionsrecht hochhalten und erst recht fest zusammenstehen, wissen sie doch ganz genau, was für sie auf dem Spiele steht. Wenn es gelingt, weitere Arbeitswillige fernzuhalten, dann muß uns der Sieg zufallen. Zugang ist streng fernzuhalten.

In Bernburg sind seit 23. Mai sämtliche Kollegen in der Möbelfabrik von Krebs u. Möder ausständig. Am 21. Mai entließ die Firma einen langjährig beschäftigten Kollegen unter der Angabe, daß nicht genügend Arbeit für drei Tischler vorhanden wäre, während ein erst vor sechs Wochen eingestellter lediger Kollege weiter arbeiten konnte. Die Firma bestreitet auch gar nicht, daß es ihr darum zu tun ist, sich billig Arbeitskräfte zu verschaffen. Deshalb war auch das Eingreifen des Ortsvorstandes des Arbeitgeber-Schuhverbandes vergeblich. Unsere Kommission wurde schließlich der Bescheid: Die Firma würde, im Falle eines Arbeitsmangels bei den Tischlern einzutreten, sollte die Entlassungen auch bei diesen noch demselben Rezept vornehmen. Die Kollegen verzichteten nunmehr einmütig darauf, weiterzuarbeiten. Wir bitten den Streitbrecher, gesuchten der Firma im Essener "Arbeitsmarkt" und in sonstigen Blättern die entsprechende Beachtung zu schenken. Vor Zugang von Tischlern, Drehzatern, Polsterern und Maschinendarbeitern nach Bernburg wird dringend gewarnt.

In Bremervörde dauert der Streik der Tischler bereits in die fünfte Woche. Während mit drei Arbeitgebern bereits ein befriedigender Abschluß erzielt ist, weigern sich die beiden anderen Unternehmer, Karl und Eduard Gehr, die minimalen Forderungen unserer Kollegen anzuerkennen. Sie lehnen es sogar ab, mit der Organisationsleitung zu verhandeln. Unsere Kollegen sehen mit großer Hoffnung den Dingen entgegen. Der Zugang wird wohl ohne besondere Aufforderung ferngehalten werden, da 36 Pf. die Stunde wahrlich kein Lodmittel bilden.

In Delmenhorst stehen unsere Kollegen in der Menge nahe am 1. Juli in einer Lohnbewegung. Am 23. Mai haben sie ihre Forderungen in Form eines Vertragseinschlusses eingerichtet. Sie verlangen in der Haupfsache die neunstündige Arbeitszeit und einen Mindestlohn von 48 Pf. bzw. 45 Pf. für Arbeiter unter 20 Jahren und entsprechende Lohnerhöhung. Ob es möglich sein wird, die Sache friedlich beizulegen, erscheint fraglich, die auswärtigen Kollegen wollen deshalb die Dinge im Auge behalten.

In Dessau ist der mit der Tischlerinnung im Jahre 1906 abgeschlossene Vertrag zum 1. Juli seitens der Kollegen gekündigt worden. Die Notwendigkeit dafür ergab sich allein schon aus der Niedrigkeit der Löhne, wofür der beste Beweis der ist, daß der bisherige vertraglich festgelegte Minimallohn 82 Pf. beträgt. Auf Wunsch der Innung sind ihm am 24. Mai unsere Forderungen zugestellt worden, von welchen als hauptsächlichste die der Festsetzung des Minimallohnes auf 40 Pf. zu betrachten ist. Den Arbeitgebern scheint das zu viel zu sein, denn sie bemühen sich, durch forcierte Fertigstellung der Arbeiten vor dem 1. Juli sich auf ein ablehnendes Verhalten einzurichten. Deswegen wird den Kollegen dringend geraten, den Zugang von Tischlern nach Dessau fernzuhalten.

In Dippoldiswalde war es nach langen Verhandlungen möglich, mit der Firma Nebe & Co. einen Vertrag abzuschließen und damit den Streik zu beenden. Die Ausarbeitung eines Altkorttarifes ist zugesagt. Die Arbeitszeit wird sofort um 2 Stunden herabgesetzt. Lohnerhöhung erfolgt sofort 2 Pf., am 1. Mai 1911 und 1913 je 1 Pf., am 1. Mai 1912 pro Stunde 2 Pf. Die Altkortpreise sollen sofort um 4 Proz. an den drei weiteren Terminen um zusammen 10 Proz. erhöht werden. Vertrag ist geschlossen bis 15. Mai 1914. Da sich im Betriebe eine Anzahl Streitbrecher eingesetzt hatten, wird die Einstellung der alten Arbeiter nur langsam vor sich gehen.

In Dörnthen bei Goslar hatten die Kollegen in der Spielwarenfabrik von Alberti vor drei Jahren schon mit der Firma vereinbart, daß Tischler nicht unter 30 Pf. eingestellt werden dürften, nach einem halben Jahre Beschäftigung sollte der Lohn auf 38 Pf. erhöht, und dieser Lohn auch als Abschlag bei Altkortarbeit gezahlt werden. Gestimmt der Werkführer für sich allein das Recht in Anspruch, die Altkortpreise zu bestimmen und den Abschlag nach Gutdünken, d. h. unter 36 Pf. zu zahlen. Ob der Kommerzrat Alberti nobel und einfaßig genug sein wird, diese Praxis zu inhibieren, wird abzuwarten sein. Wenn die Kollegen an diese Eigenschaften ihres Arbeitgebers appellieren, zeigen sie jedenfalls ihre Absicht zur friedfertigen Erledigung der Differenzen zur Genüge. Die Kollegen werden ersucht, diese Sachlage bei Arbeitsangeboten für Tischler nach Dörnthen und Goslar zu beachten.

Im Kreisland in Mecklenburg kündigten die Tischler ihren am 26. April 1906 abgeschlossenen Vertrag zum 1. Juni. Am 7. Mai reichten sie ihre Forderungen ein, welche von den Meistern ohne jede Verhandlung als "unannehbar" abgelehnt wurden. Dabei ist hier alles so teuer, daß es kaum möglich ist, mit dem bisherigen Stundenlohn von 25 bis 34 Pf. auszukommen. Wie wenig sich die Herren schon um die Erhaltung des alten Vertrages bemüht haben, beweist der Umstand, daß noch Abschlagszahlungen stattfinden und bei dem größten Schafsmacher für jenen einzigen Arbeiter die elfstündige Arbeitszeit bei 5 Pf. Lohn und freier Station besteht, trotzdem dieses Vertragssmäßig ungültig ist. Die Tischler haben nun mit der Kündigung geantwortet und erjuchen somit alle Kollegen, den Zugang streng zu meiden.

In Gardelegen haben die Kollegen den Tischlermeistern am 24. Mai ihre Forderungen unterbreitet. Da nach dem bisherigen Verhalten der Arbeitgeber auf eine gütliche Einigung nicht zu schließen ist, so wird vor Zugang von Tischlern nach Gardelegen dringend gewarnt.

In Wittelsbach haben es die Stuhlarbeiter unternommen, ihre Verhältnisse denen der Nachbarorte etwas näher zu bringen. Die letzte allgemeine Lohnbewegung lag hier bereits 17 Jahre zurück. Bei der Firma Union Winkler kam nun eine Einigung vor Ablauf der Kündigung zu stande. In Stelle der 60stündigen Arbeitszeit wurde die 57½ stündige ab 1. Juni zugestanden, ferner außer Lohnausgleich 1 und 2 Pf. Erhöhung der Stundenlöhne und aus die Altkortpreise mit Durchschnitt 8 Proz. Anschlag. Bei der Firma F. Winkler Nachflg. kam es nach dreitägiger Arbeitsversetzung zu folgendem Resultat: Ab 1. Juni 37 Pf. Normallohn, durchschnittliche Lohnerhöhung von 3 Pf., ab 1. Oktober noch 1 Pf. pro Stunde. Sämtliche Werke werden bei der Aussage als neu betrachtet und wird der Lohn neu reguliert unter Garantie des Stundenlohnes. Die Arbeitszeit beträgt 58½, ab 1. Oktober 57½ Stunden. Bei der letzten Firma kommen die Maschinenarbeiter nicht in Betracht, da sie es nicht für nötig halten, sich der Organisation anzuschließen. Auch die Tischler bei den Innungsmästern haben einen neuen Tarif durchgeführt, der die 57½ stündige Arbeitszeit und 87 Pf. Normallohn (jetzt 83 Pf.) enthält. Die Meister haben aber einige der Wortschriften bei den Verhandlungen entlassen und bitten wie deßhalb die Kollegen, vor etwaiger Arbeitsannahme sich bei der hiesigen Verwaltung zu erkundigen.

In Ostrau i. Westfalen gelang es zum erstenmal, im vergangenen Jahre einen Tarifabschluß auf die Dauer eines Jahres durchzuführen. Die mit dem Ablauf dieses Vertrages einsetzende Lohnbewegung im März hat nach einwöchigem Streit zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages für drei Jahre geführt, der mit dem 28. Mai in Kraft tritt. Es ist unter anderem erreicht worden, die Arbeitszeitverkürzung von 58 auf 57 Stunden die Woche, Erhöhung der Löhne um 3 Pf. die Stunde während der Vertragsdauer und dementsprechende Erhöhung der Altkortpreise. Aufgabe der Kollegen ist es nun mehr, durch Einigkeit dafür zu sorgen, daß dieser Vertrag nicht nur auf dem Papier steht, sondern überall auch tatsächlich durchgeführt und aufrechterhalten wird.

In Rheinland-Westfalen sind die Parzellleger in den Aussand getreten. Im Laufe des vorigen Jahres haben eine Reihe Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde dann aber von der Generalversammlung der Unternehmer über den Haufen geworfen. Auf eine jetzt erneute Anfrage seitens der Arbeiter an das Parzellentor in Köln zwangs Anerkennung der Vereinbarungen vom vorigen Jahr oder Schaffung eines neuen Tarifes erfolgte eine nichtsagende Antwort. Daraufhin erfolgte der einstimmige Beschluß der Parzellleger, am 28. Mai die Arbeit einzustellen. Die Kollegen werden um strengste Fernhaltung des Zuganges gebeten.

In Schiene ist in der Korbwarenfabrik des Konsumverbands am 1. Mai ein Tarif abgeschlossen worden, der den Kollegen eine 60stündige Arbeitszeit und Extrabezahlung der Überstunden sicher. Den Rohrarbeiten ist der Bernburger Tarif mit teilweiser Aufbesserung von 5—10 Proz. zugrunde gelegt. Für Dreifachre breitigt der Lohn ohne Juristen und ohne Büken im Durchschnitt 5 Pf. Die übrigen Arbeiten werden mit 85 und 40 Pf. Stundenlohn bezahlt. Massenartikel nach Übereinkunft

In Sorau ist der Streik der Tischler beigelegt und konnte am 28. Mai die Arbeit in allen Betrieben bis auf den des Raummeisters Möbius wieder aufgenommen werden. Die Kollegen erreichten eine Arbeitszeitverkürzung auf sofort 57 Stunden, ab 1. April 1911 auf 58 Stunden und Lohnerhöhung sofort 2 Pf., 1. Oktober 1910 und 1. April 1911 und 1912 je 1 Pf., der Durchschnittslohn beträgt 35 Pf. und steigt mit den Lohnzuschlägen. Der Vertrag läuft bis 1. April 1914. Die Bautischlerei des Herrn Möbius, der sich weigerte, den mit der Innung abgeschlossenen Vertrag ebenfalls anzuerkennen, bleibt gesperrt.

In Wolgast haben die Kollegen beschlossen, am 30. Mai bei Tischlermeister Hunk die Arbeit einzustellen, weil dieser sich weigerte, die in zwei anderen Betrieben gezahlten Altkortpreise auch einzuführen, trotzdem er früher bereits einmal nach den gleichen Sägen entlohnte.

In Wilsdorf und Umgegend ist der Streik der Korbmacher beendet, die Kollegen sind sämtlich wieder untergebracht. Doch dauert die Sperrre über die Korbmachersiedlung von Barre in Bergbode und Neirath in Logstedt wegen der vorgenommenen Reduzierung der Altkortpreise fort. Einige "äugliche Elemente" fehlen auch bei dieser Gelegenheit nicht, die sich in der Werkstatt durch tägliche Vertilgung eines ziemlichen Quantums Schnaps über den durch Reduzierung der Altkortpreise entstandenen Hunger hinwegzuhelfen. Dass der Unternehmer Barre ihnen dabei als leuchtendes Beispiel vorangeht, sei nur nebenbei erwähnt. Im Herbst dürfte sich, wenn der Betrieb noch lebt, die Sache wesentlich ändern. Bei einigermaßen Geschäftsgang kann er mit den "nützlichen Elementen", die obendrein noch ganz minderwertige Arbeitskräfte sind, seinen Betrieb nicht aufrechterhalten. Das gleiche ist bei dem Unternehmer Neirath der Fall. Zugang ist nach wie vor, auch ohne besondere Aufforderung an dieser Stelle, fernzuhalten.

In Boffzenhausen ist, nachdem auch die Firma Mörgenthaler die Forderungen bewilligt hat, und dort die Arbeit ausgenommen wurde, die Lohnbewegung beendet. Bei einigen Kleinniedern steht zwar die Bewilligung noch aus, doch werden diese noch kommen, wenn sich die Wirkung der über ihre Betriebe verhängten Sperrre bemerklich macht.

Aus der Holzindustrie.

Demokratie und Disziplin im Gewerbeleben.

Aus Kollegenkreisen wird uns geschrieben:

Sch. Die Gewerkschaften sind aufgebaut auf demokratischer Grundlage, d. h. alle Einrichtungen innerhalb der Organisation entsprechen dem Willen und dem Wohl der Mehrheit der Mitglieder, die Minderheit hat sich den Entscheidungen der Mehrheit unterzuordnen. Soviel ist man sich einig. Die Ansichten gehen jedoch darüber auseinander, ob die unmittelbare Entscheidung durch die Mitglieder vorzuziehen oder ob ein Repräsentativsystem zweitmäigiger sei.

In einer Urabstimmung entscheiden die Mitglieder unmittelbar. Die Erfahrung lehrt indes, daß meist zwischen der Zahl der abgegebenen Stimmen und der Mitgliederzahl ein ardes Wissverhältnis besteht und daß es deshalb mindestens zweifelhaft sein kann, ob der Wille der Mehrheit zum Ausdruck gekommen ist. Hierbei ist noch etwas anderes zu beachten. Der Zuwachs an Mitgliedern ist außerordentlich gewesen, und mit der steigenden Konjunktur können wir zweifellos noch mit einem weiteren starken Zuwachs rechnen. Sobald die Aufnahme vollzogen ist, hat jedes Mitglied das Recht mitzustimmen, obwohl ihm für viele der auftauchenden Fragen natürlichweise noch jedes Verständnis fehlt, welches ja erst durch längere Betätigung in der Organisation erworben werden kann. Das Wort, "wie sind in die Breite gegangen, nicht aber in die Tiefe", trifft leider zu. Auch aus diesem Grunde kann man mit einer Urabstimmung mitunter üble Erfahrungen machen, insfern, als das Ergebnis nicht das Wohl der Organisation fördert.

Diese Einwände gelten auch für die Mitgliederversammlungen. Liegt nicht etwas Besonderes vor, dann sind sie schwach besucht. Die vortrefflichsten Gründe läßt man hier oftmals unbeachtet, weil ein Redner es versteht, eine augenblickliche Stimulierung unter den Mitgliedern demagogisch auszuüben — zum Schaden des Verbandes. Bei Lohnbewegungen werden ja die Versammlungen besucht. Wenn nun in einem einheitlichen Lohngebiet zur Herbeführung einheitlicher Beschlüsse eine gemeinsame Versammlung stattfinden muß, dann wird nicht immer ein genügend großer Saal vorhanden sein. Noch ein Mißstand sei erwähnt. Sind die Mitglieder einer Branche an einer Bewegung besonders interessiert, so besuchen sie natürlich überwiegend die Versammlung, und versuchen Beschlüsse durchzubringen, die den übrigen vielleicht nicht angenehm sind (z. B. Einführung von Extrabeträgen und dergl.).

Aus alledem empfiehlt sich in großen Fabrikstädten oder in einheitlichen Lohngebieten das Repräsentativsystem ganz von selber. In einer Delegiertenversammlung sind alle Branchen vertreten, und zwar gewiß durch Kollegen, die im Gewerbeleben genügend Erfahrung gesammelt haben und sonst mit dem Wesen der Organisation vertraut sind, zu deren Ausbau sie daher nützlicher mitwirken können, als Mitglieder, die sich nur gelegentlich mit Organisationsfragen beschäftigen. Eine solche Versammlung wird sich bei Beschlüssen von weitgehenderen Gesichtspunkten leiten lassen, und da die Delegierten dauernd mit ihren Wählern Fühlung haben, wird es ihnen mit der Zeit gelingen, unbeliebten Kritikasern den Einfluss zu nehmen, und Verzagte und Mäßigutige aufzutützen. So wird es möglich sein, einem besseren Verständnis für unsere Interessen wie für unsere Ziele die Bahn zu ebnen.

Nun können aber im Gewerbeleben auch Momente eintreten, wo das Entscheidungsrecht der Mitglieder ganz ausgeschaltet werden muß. Abgesehen davon, daß der Vorstand einen Streik genehmigen resp. ablehnen kann — eine wohl unbestritten notwendige Einrichtung — können Situationen eintreten, die es nicht ratsam erscheinen lassen, die Entscheidung der Mitglieder einzuhören. In früheren Jahren konnten wir unsere Maßnahmen dem Unternehmerum gegenüber in breitesteter Offenlichkeit vorbereiten, ohne daß uns nennenswerte Nachteile dagegen erwachsen. Das Unternehmerum hat aber seine Organisationen ausgebaut. Welche Taktik jeweilig eingeschlagen werden soll, das entscheidet bei ihnen ausschließlich die Zentralinstanz. Sie können dadurch ihre Ansätze so vorbereiten, daß die Offenlichkeit nichts davon erfährt. Auch bei uns ist es erforderlich, unsere Ansichten nicht schon wochenlang oder gar noch länger vorher auszuposaunen. In derartigen Fällen wird wohl jeder Einsichtige auf sein Entscheidungsrecht verzichten; da kann nicht jeder urteilen, da muß das Wohl der Organisation der Zentralleitung anvertraut werden.

Und wenn in derartig kritischen Situationen nicht alles erreicht wird, was wir wünschen, erleidet wir gar Misserfolge, dann wird eine geschulte Kollegenschaft nicht verzagen; sie wird vielmehr kaltblütig den Moment abwarten, wo sich Gelegenheit bietet, die Scharte auszuwecken, und wo es möglich ist, wieder Vorteile zu erringen. Nur disziplinierte Kollegen werden gegebenenfalls zu den schwersten Opfern bereit sein.

Liegen wir also den demokratischen Grundsatz nicht pedantisch aus, sondern suchen wir ihn unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse so anzuwenden, wie es das Wohl der Organisation erfordert. Und wenn wir bestrebt sind, den Kampfonds zu stärken und neue Mitglieder zu werben, so dürfen wir nicht außer acht lassen, daß Schulung und Disziplin unerlässliche Faktoren zur Erringung weiterer Erfolge sind.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. Nach dem "Reichsarbeitsblatt" waren im Monat April die Sägewerke und die Holzbearbeitungsbetriebe befriedigend beschäftigt, während in der Holzlistefabrikation die Geschäftslage zu wünschen übrig lässt. Der Zugangswagenbau war so reichlich mit Aufträgen befreit, daß ein Mangel an Arbeitern eintrat. In der Berliner Möbelindustrie lag das Geschäft etwas besser als im Vormonat, war aber immer noch verhältnismäßig still. In der Holzwarenindustrie macht sich die Konkurrenz des Auslandes, hauptsächlich von Österreich, Belgien und Japan, fühlbar. Wenn der Umsatz gegen die letzten Monate auch etwas nachließ, so laufen die Berichte trotzdem noch befriedigend. In der Bürsten- und Pinselfabrikation lag das Geschäft nach einem Bericht aus Baden ungünstig und schlechter, als zur gleichen Zeit des Vorjahrs. Dagegen hatte eine schlesische Fabrik besser als seither zu tun. Da-

Berichte über die Automobilindustrie lauten in der überwiegenden Zahl günstig. Ein Badener Werk hatte im April bereits reichlich Arbeit, das zur Bewältigung der Aufträge mit Überstunden geschafft werden musste. Am Gegenab hierzu liegt der Eisenbahnwagenbau fast durchweg über ungenügende Beschäftigung. Teilweise musste die verkürzte Arbeitszeit aufrecht erhalten werden.

Der christliche Holzarbeiterverband beruft seinen sechsten Verbandstag auf den 20. Juni und die folgenden Tage nach Münster i. W. Auf der Tagesordnung steht außer den geschäftlichen Angelegenheiten: "Unsere zukünftige Werbearbeit zur Stärkung des Verbandes"; "Die künftige Entwicklung im Holzgewerbe" und "Die Auswirkung der gesundheitlichen Gesetzen in der Holzindustrie".

Wirtschaftliches.

Die Aussperrung im Baugewerbe.

Am 27. Mai haben die zentralen Verhandlungen über die Beilegung der Aussperrung in einem Sitzungssaale des Reichstages begonnen. Die Leitung der Verhandlungen liegt in den Händen des Geheimen Oberregierungsrates Biedfeldt, dem als Unparteiische der Oberbürgermeister Beutler von Dresden und der Gerichtsdirektor Preuner-München zur Seite stehen. Nach den Berichten über den Verlauf der am 27. und 28. Mai geplagten Verhandlungen ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß es jetzt schon zu einer Beendigung kommt. Den Unternehmern steht zwar das Wasser am Halse und sie müssen sich sogen, daß sie mit ihrer Aussperrungaktion einen Rückschlag erlitten haben. Sie hüten sich aber, das offen zugeben, versuchen vielmehr, durch recht fides Auftreten den Arbeitern zu imponieren. Diese wiederum verschließen ihnen Standpunkt mit Muße und Umsicht. Nicht nur das Interesse der ausgesperrten Bauarbeiter, sondern auch die Ehre und das Ansehen der gesamten Arbeiterschaft erfordert es, daß die unverschämten Zunutungen der Unternehmer entschieden zurückgewiesen werden. Die Vertreter der Arbeiter wissen, daß sie sich nicht nur auf die Standhaftigkeit der Aussperten verlassen können, die Solidarität der deutschen Arbeiter, die sich besonders auch in dem reichen Ertrag der eingeleiteten Sammlungen dokumentiert, erleichtert ihnen die Erfüllung ihrer Pflicht.

Bei Beginn der Aussperrung haben die Bauunternehmer mit den großen Summen geprahlt, die ihnen von der "Industrie", d. h. den industriellen Scharfmachern, zur Verfügung gestellt worden seien. Diese Prahlerei war jedoch nur ein Lockmittel für diesen Unternher, die Bedenken hatten, das gewagte Experiment mitzumachen. Die vielen Millionen, von denen fabulierte wurde, sind in der Wirklichkeit auf den verhältnismäßig sehr beschiedenen Betrag von 150 000 M. zusammengezahlt, wovon noch 20 000 M. nur zu Agitationszwecken verwendet werden sollten; die übrigen 100 000 M. sollen nur die wirklich notleidenden Unternehmer erhalten. Da wird auf den einzelnen nicht viel kommen. Gar mancher wird die Unmöglichkeit, sich an dem Spiel der übermütigen Scharfmacher beteiligt zu haben, mit dem Verlust seiner wirtschaftlichen Existenz bezahlen müssen.

Kürtiglich ist ein Brief veröffentlicht worden, den der Vorsitzende des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe Frix an den Kommerzienrat Mend in Altona, den Vorsitzenden des Kartells der Scharfmacherverbände, welche die Aussperrungaktion der Bauunternehmer kontrolliert, gerichtet hat. Aus diesem Briefe geht hervor, daß die Industriellen ihre Unterstützung nur für den Fall in Aussicht gestellt haben, daß die Aussperrung auch wirklich gelingt. Als gelungen sollte sie angesehen werden, wenn wenigstens 150 000 bis 200 000 Arbeiter auf die Straße gesetzt sind. Diese Bedingung macht es erfärllich, daß sich die Bauunternehmer bemühen, die Zahl der Aussperten möglichst hoch erscheinen zu lassen. Ihre Geldegeber trauen aber den schwindelhaften Angaben offenbar nicht, denn in dem Brief bittet Herr Frix flehentlich, doch endlich etwas von dem versprochenen Gelde los zu machen.

Die wenig rosig Lage der aussperrungslustigen Bauunternehmer erhellt auch aus einer Broschüre aus dem Industriegebiet, welche die "Kölner Zeitung" am 27. Mai abdruckt. Dieses Blatt, das über den Verdacht erhaben ist, als ob es mit den Arbeitern sympathisiere, schreibt, daß nicht wenige Mitglieder des Arbeitgeberbundes des Kampfes müde seien. "Die finanzielle Lage sehr vieler Baugeschäfte, die an der Aussperrung beteiligt sind, war nicht so gut vor der Aussperrung und zeigt sich nun in einer mißlicheren. Gerade diese Elemente können nicht einsehen, warum in weiten Bezirken im gleichen, besonders in mehr ländlichen Gauen, ohne jede Förderung im Baugewerbe weiter gearbeitet wird, während in den meisten Großstädten und städtischen Bezirken die Baugeschäfte, von denen ein erheblicher Teil geschäftlich gar nicht selbstständig ist, diesen manche Existenz gefährdenden Kampf durchsetzen müssen. Es kann nicht bestritten werden, daß schon in einer der letzten Versammlungen in Berlin Arbeitgeber zum Frieden gemahnt und auch gewarnt haben, den Kampf nicht noch mehr zu verschärfen und in die Länge zu ziehen. Auch macht sich in den Kreisen der em Kämpfe beteiligten Bauunternehmer immer mehr die Aussperrung geltend, daß von der finanziellen Unterstützung durch die Großindustrie und die Arbeitgeberverbände, die ihnen vor dem Kampf und bei Beginn von den Leitern des Arbeitgeberbundes in Aussicht gestellt worden war, nicht viel zu erwarten sei.

dürkte." Der Artikel schließt mit dem Satz: "Schon diese Aussperrungen und Entnahmen in den Kreisen der Arbeitgeber zeigen, daß eine Eintlung und damit ein Ende des Kampfes als Ergebnis der neuen Verhandlungen erwartet werden darf."

Als Ausdruck der Stimmung in den Kreisen der ausstehenden Bauunternehmer ist diese Neuerung recht interessant. Ob sich aber die Hoffnung auf eine baldige Beilegung des Kampfes verwirklichen wird, steht noch dahin. Einem Teil der Unternehmer, nämlich denen, die aus dem Zusammenbruch ihrer kleinen Konkurrenten Nutzen zu ziehen hoffen, ist eine längere Dauer der Aussperrung offenbar nicht unerwünscht, und es bleibt abzuwarten, welche Stellung im Unternehmerlager schließlich den Sieg davonträgt. Die Arbeiter müssen sich auf alle Eventualitäten einrichten, und deshalb ist es notwendig, daß die Sammlungen für die Aussperten in unverminertem Maße fortgesetzt werden.

Die Verschmelzungsbemühungen innerhalb der Gewerkschaften machen erfreuliche Fortschritte. Freilich drängt auch die ganze Entwicklung darauf hin, den kapitalistischen und immer rücksichtslosen vorgehenden Unternehmerorganisationen mächtvolle Arbeiterverbände entgegenzustellen. Kleine Verbände, die in den Anfängen der gewerkschaftlichen Organisation ihre volle Berechtigung hatten, sind deshalb mehr und mehr den Weg zum Industrieverband, stehen sie doch in ihren Kämpfen häufig auch gar nicht mehr den Arbeitgebern ihres besonderen Berufes, sondern dem Unternehmer eines viele Spezialberufe umfassenden Betriebes gegenüber. Wenn dann notwendigerweise die verschiedenen Verbände im Lohnkampf zusammengehen müssen, was lange da näher als der dauernde Zusammenschluß der gleichzeitig Schlagfertigkeit und Stosskraft der Organisation wesentlich erhöht.

So hat sich am 1. Juli 1909 der Verband der Handelsmacher dem der Ledernerbeiter angeschlossen. Maurer und Bauhilfsarbeiter haben ihre Verschmelzung zum Bauarbeiterverband für den 1. Januar 1911 beschlossen. Die Dachdecker haben erst im Anfang April im Prinzip den Anschluß an diesen neuen Verband gutgeheißen und dürfen dies wohl auch im Laufe des nächsten Jahres vollzogen werden.

Nunmehr haben auch die Verbände der Hafenarbeiter, der Seefahrer und der Transportarbeiter ihre Verschmelzung beschlossen. Auf den Verbandstagen, die vom 8. bis 12. Mai erstmals dann gemeinsam im Hamburger Gewerkschaftshause tagten, wurde diese Vereinigung unter dem Namen "Deutscher Transportarbeiter-Verband" einstimmig beschlossen. Der neue Verband tritt am 1. Juli 1910 in Tätigkeit und wird seinen Sitz in Berlin haben. Neben dem Einheitsorgan "Courier" werden auch künftig noch besondere Zeitungen für einzelne Branchen herausgegeben. Die Seefahrer und die Hafenarbeiter erhalten im Centralbüro je eine besondere Verwaltungsdienststelle, während die bisherige Reichskommission der Straßenbahner dann dem neuen Verband auch ferngehoben als Mitglied unter dem Namen "Verband der Straßenbahner" angehört. Das Beitrittsgehalt wird im neuen Transportarbeiterverband künftig 1 M., für jugendliche und weibliche Personen 50 Pf. betragen. Der Beitrag beträgt in Orten mit Durchschnittslöhnen von unter 21 M. pro Woche 40 Pf., von 21–24 M. 45 Pf. und von über 24 M. je 50 Pf. jugendliche Mitglieder zählen 25 Pf. Die Erwerbslosenunterstützung wird bis zur Dauer von 10 Wochen gezahlt. In den neuen Zentralvorstand werden Mitglieder aus allen drei bisherigen Verbänden berufen. Als Vorsitzende fungieren Schumann (Transportarbeiter) und Döring (Hafenarbeiter).

Von den drei Verbänden hatten 1909 die Transportarbeiter 96 023, die Hafenarbeiter 22 036 und die Seefahrer 10 604 Mitglieder, so daß die neue Organisation, zuzüglich des im laufenden Jahre bereits erfolgten Zuwachses mit über 120 000 Mitgliedern in Tätigkeit treten wird.

Inzwischen haben nun auch die Mühlenarbeiter auf ihrem zu Württemberg in München abgehaltenen Verbandstage beschlossen, ihre seit 22 Jahren bestehende eigene Organisation aufzugeben und sich dem Verbande der Brauereiarbeiter anzuschließen. Gegen die ebenfalls angeregte Verschmelzung mit dem wesensverwandten Bäckerverband wurden dessen höhere Beiträge ins Feld geführt, doch trat der Wunsch zuletz, es noch einmal zu einem einheitlichen Verband der Nahrungsmittelindustrie zu bringen. Der künftige "Verband der Brauerei und Mühlenarbeiter" wird als Wochenbeitrag 50 Pf. bei einem Lohn von über 18 M. und 30 Pf. bei einem solchen von unter 18 M. erheben. Die Mühlenarbeiter verfügten Ende 1909 über 4182 Mitglieder und 74 668 M. Kassenbestand. Sie versprechen sich durch die am 1. Oktober 1910 zu vollziehende Verschmelzung wesentliche Fortschritte in der Mitgliedergewinnung, da ihnen künftig über 300 Bahnhöfen als Stützpunkte dienen werden. Wir können diese Entwicklung zur Einheitsorganisation in den einzelnen Gewerben, nur mit Freuden begrüßen, hat doch unsere eigene Verbandsgeschichte den besten Beweis für die Vorteile derselben erbracht. So dürfen wir denn auch jetzt die bestimmte Erwartung aussprechen, daß diese neue Organisationsform allen beteiligten Arbeitern zum Vorteile gereichen wird.

Der Büttcherverband zählte am Schlus des Jahres 1909 7800 Mitglieder, am Ende des Jahres 1908 waren es 7587, der Verband hat also um 222 zugewonnen. Das Vermögen stieg um 15 000 M. und betrug am Jahres-

schluß 91 895 M. Der Buchdrucker verband hielt am 23. Mai eine Generalversammlung ab, die sich unter anderem mit der im nächsten Jahre stattfindenden Tarifrevision beschäftigte. Im weiteren nahm die Konferenz von dem mit beschäftigten und gesundheitlichen Gründen motivierten Rücktritt des leitenden Redakteurs Meyhauer auf. Nach dem Besuch des leitenden Redakteurs Meyhauer unter allgemeinem Bedauern Kenntnis und traf die nötigen Vorlesungen für die dadurch zum 1. Oktober bedingten Änderungen in der Redaktion des "Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker".

Der Gürtlerverband hatte im Jahre 1900 durchschnittlich unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Während im Jahre 1907 auf jeden Fall von Arbeitslosigkeit 7 Tage kamen, stieg die Dauer der Arbeitslosigkeit im Jahre 1908 auf 10 und 1909 sogar auf 12 Tage. Trotzdem gelang es, den Stand der Organisation zu halten. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 4817 gegen 1800 im Jahre 1908. Auch die Kassenbilanz der Organisation haben sich gebessert. Bei einer Einnahme von 90 782 M. und einer Ausgabe von 80 480 M. betrug das Gesamtvermögen am Jahresende 23 522 M. — Der Verband schreibt gegenwärtig einen außerordentlichen Extrabeitrag von 1 M. aus, der auf einmal oder in vier Monaten à 25 Pf. gezahlt werden muß. Durch den Extrabeitrag soll die Hauptkasse für kommende Kämpfe gerüstet werden.

Der Centralverband der Handlungsgehilfen und Geblümme hielt am 16. und 17. Mai seinen Verbandstag in Hamburg ab. Der Verband befindet sich in aufsteigender Entwicklung, insbesondere konnte der Vorstand berichten, daß eine in den letzten Jahren durchgeführte Beitragsverhöhung gute Früchte gezeitigt hat. Der Verbandstag beschloß, Verschmelzungsvorhandlungen mit den Verbänden der Lagerhalter und der Bureauangestellten anzugehen. Eine Resolution fordert die Einführung öffentlich-rechtlicher Arbeitsschutze mit paritätischer Leitung auch für die Handelsangestellten. Anträge auf Einführung der Krankenunterstützung wurden abgelehnt, dagegen wurde ein Antrag, zur Agitation unter den weiblichen Angestellten einen weiblichen Beamten einzustellen, dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Der nächste Verbandstag soll in Berlin stattfinden.

Litterarisches.

Die nachgezähnten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Die Reform der Arbeiterversicherung von Robert Schmidt, Mitglied des Reichstages. Verlag von Vandgraf & Co., Chemnitz. Preis 15 Pf.

Die große Bedeutung der neuen Reichsversicherungsordnung, die soeben die Kommission des Reichstages zu beraten beginnt, ist von der Gesamtheit der Arbeiterschaft noch längst nicht genügend erkannt. Nur durch eine tiefgehende Volksbewegung kann die drohende weitere Entzerrung der Arbeiter in der Kranken- und Unfallversicherung verhindert werden. Die Broschüre unseres Kollegen Robert Schmidt ist darum zur Massenverbreitung bestimmt. Sie will nicht eine erschöpfende Kritik an dem neuen Entwurf liefern, sondern nur in der knappsten und klarsten Form in das Verständnis der Grundzüge des Entwurfs und der Hauptstreitfragen in der Arbeiterversicherung einführen.

Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters. Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende von Franz Mehlring. Preis 1,25 M. Die soeben im Verlage der Wochendruckerei Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienene Schrift ist aus den Vorträgen über deutsche Geschichte entstanden, die der Verfasser seit vier Jahren an der sozialdemokratischen Partialschule gehalten hat. Es sind nicht bloße Daten und Namen, es ist auch nicht nur eine epigrammatische Kette Kennzeichnung historischer Ereignisse, sondern der Verfasser zeigt in allgemeinen Grundzügen die historische Entwicklung nach ihren inneren Zusammenhängen mit der deutschen Arbeiterbewegung. Den biographischen Gesichtspunkten ist trotzdem alles Fleiß eingründet, das sie im Rahmen der allgemeinen historischen Darstellung nur irgend beanspruchen können. Der vorliegende erste Teil schließt mit der Schilderung der Folgen, welche die französische Revolution in Deutschland zeitigte. Der zweite Teil erscheint im Herbst dieses Jahres.

Biblische Geschichten. Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion von Mag. Maurenreiter. Heft 10: Der geschichtliche Jesus. Heft 11: Der gesuchte Schilderung der Schilderung der Folgen, welche die französische Revolution in Deutschland zeitigte. Der zweite Teil erscheint im Herbst dieses Jahres.

Biblische Geschichten. Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion von Mag. Maurenreiter.

Heft 10: Der geschichtliche Jesus. Heft 11: Die Geschichte des Reichsverbandes für die Zeit vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1909. Berlin, Selbstverlag des Verbandes (Fr. Scheffel).

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Verlag der Buchhand

